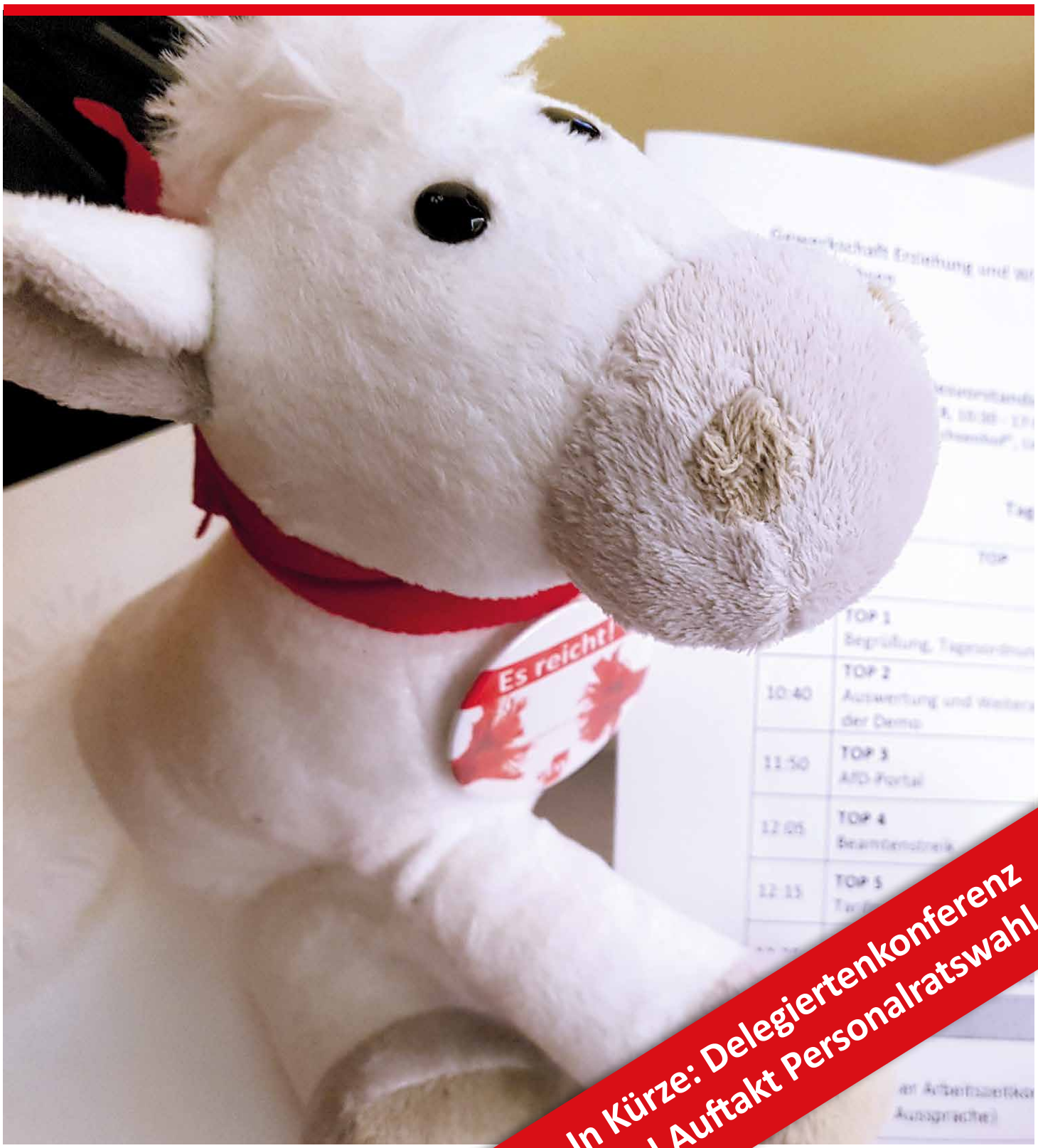
November 2019 (8) | 23.10.2019

E&W

Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen



In Kürze: Delegiertenkonferenz und Auftakt Personalratswahl

Die Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Titelfoto: Christian Hoffmann

Inhalt

Schwerpunkte

Wahlen der Landesdelegierten-konferenz 2019 04

Rückblick der Landesvorsitzenden: Zwei Jahre Kampf für bessere Arbeits-bedingungen 08

GEW startet Personalratswahlkampf 2020 09

Schuldenbremse und „schwarze Null“ sind Schnapsideen 10

Petition: Gebt der Erwachsenen- und Weiterbildung eine Zukunft 11

Zeitgeschehen

Demokratieförderung in Schule: Kein Selbstläufer 12

GEW zeigt Flagge bei Klimaprotesten am 20. September 13

„Wohltemperierte Grausamkeiten“ der AfD 14

Aus der Organisation

Heinrich-Wolgast-Preis-Verleihung in Erfurt 16

LesePeter 16

AK Queer: Schulbücher schon gecheckt? 17

Fachgruppe Erwachsenenbildung: Mitgliederversammlung mit Wahl 19

Fachgruppe Gymnasium: Kompetente Beratung im Konflikt 20

Didaktik und Methodik für Inklusionsklassen 23

Aktuelles aus der Personalratsarbeit 26

Jubilar*innen 30

Verstorbene 32

Termine 33

Redaktionsschluss der E&W Dezember 2019 ist der 1. November 2019.
Sie erscheint am 27. November 2019

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, Berliner Allee 16
30175 Hannover, Telefon 0511 / 33804-0
Fax: 0511 / 33804-46, presse@gew-nds.de
www.gew-nds.de
Vorsitzende: Laura Pooth
Redaktionsleitung (Verantwortlicher Redakteur): Christian Hoffmann
Redakteurin: Nicole Puscz
Postanschrift der Redaktion:
Berliner Allee 16, 30175 Hannover
Fax 0511 / 33804-21
E-Mail: c.hoffmann@gew-nds.de
Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (E&W) erscheint achtmal jährlich. (Doppelausgaben im Sommer und Winter). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr (inkl. MwSt.).
Redaktionsschluss ist der 1. Februar, der 1. März, der 1. April, der 1. Mai, der 1. Juni, der 15. August, der 1. Oktober und der 1. November 2019. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keinerlei Anspruch auf Berücksichtigung, zudem wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.
Verlag mit Anzeigenabteilung:
STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16
45134 Essen, Tel. 0201 / 84300-0
Fax: 0201 / 472590
E-Mail: anzeigen@stamm.de
Internet: www.erziehungundwissenschaft.de
Verantw. für Anzeigen: Mathias Müller
Gültige Preisliste Nr. 34 vom 1. Januar 2019
Anzeigenschluss siehe Terminplan
Editorial Design: Aron Jungermann
mediendesign | aronjungermann, Bad Münder
Druck: DruckWerk Peter-Michael Thiem e.K.
Bergstraße 19, 31688 Nienstädt
Tel. 0511 / 621162

ISSN
0170-0723

Zwischen zwei Wahlen

Kurz nach dem Erscheinen dieser E&W-Ausgabe berät die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der GEW in Celle über zahlreiche Anträge und Beschlussvorlagen. Damit wird der Kurs für die folgenden zwei Jahre bestimmt – ebenso wie die Personen, die mit diesen Beschlüssen im Geschäftsführenden Vorstand arbeiten werden. Wer für welches Amt kandidiert, zeigen die Seiten 4 bis 7.

Titelmotiv Ross, künftig als Niedersachsen-Ross der GEW im Einsatz, weist zudem darauf hin, dass die Wahlkampagne zur Personalratswahl am 10. und 11. März 2020 bereits im November 2019 beginnt. Natürlich wird es einen ernsthaften Wahlkampf geben, doch eben zusätzlich ein wenig Augenzwinkern mit Hilfe des frischgebackenen Kampagnen-Maskottchens. Erste Informationen dazu gibt es bei der LDK, hier auf Seite 9 und später auf der Homepage des Landesverbandes.

Apropos Homepage! Neben der Wahlkampagne zeigt sich die Internetpräsenz des Landesverbandes ebenfalls in frischem Design und veränderter Struktur. Damit wurde nach der Pressearbeit und dieser Zeitschrift auch die Website der GEW Niedersachsen (**www.gew-nds.de**) seit der zurückliegenden LDK komplett überarbeitet. Einen kurzen politischen Rückblick der Landesvorsitzenden auf die vergangenen zwei Jahre findet sich hier im Heft auf den Seiten 8 und 9.

Einen erfrischenden Herbst wünscht

Christian Hoffmann
Pressesprecher und Redaktionsleiter

Wahlen der Landesdelegiertenkonferenz 2019

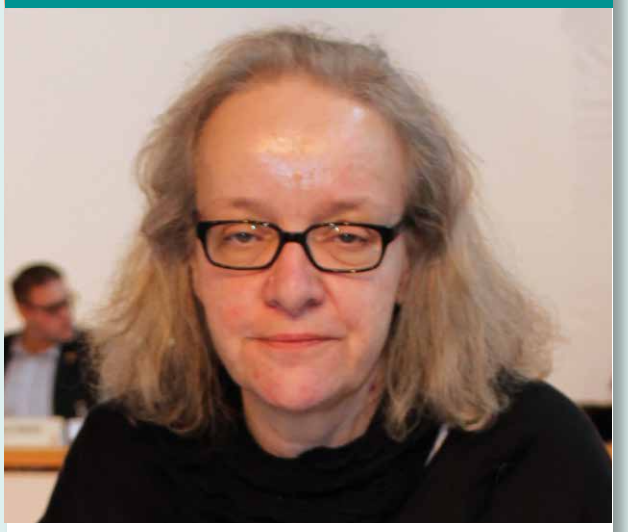
Diese Personen treten an

Für die Personalentscheidungen der GEW-Landesdelegiertenkonferenz am 28. und 29. Oktober treten die hier kurz vorgestellten Kandidat*innen erneut oder zum ersten Mal für die aufgeführten Ämter zur Wahl an (Stand 1. Oktober 2019).

Laura Pooth (Landesvorsitzende) kandidiert erneut für die Position.

Für was willst du dich in der kommenden Amtszeit einsetzen?

Für mich stehen Zusammenhalt und Arbeit an unseren gemeinsamen Zielen an oberster Stelle. Dies gilt für das Vorsitzenden-Team, aber genauso im Geschäftsführenden Vorstand und im Landesvorstand. Das möchte ich gerne fortsetzen.



Sabine Kiel (stellvertretende Landesvorsitzende) kandidiert erneut für ihr Amt.

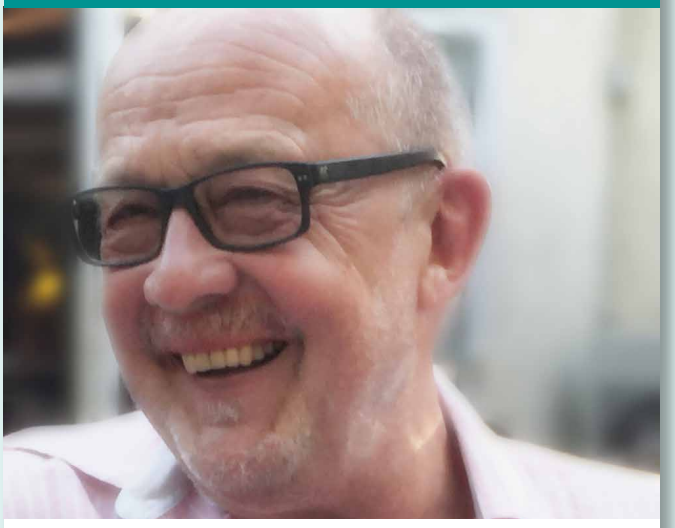
Für was willst du dich in der kommenden Amtszeit einsetzen?

Für bessere Arbeitsbedingungen in den Hochschulen und der Forschung.

Holger Westphal (Vorsitzender des Schulhauptpersonalrates, Förderschullehrer) kandidiert erneut für das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden.

Für was willst du dich in der kommenden Amtszeit einsetzen?

Die Verbindung der Arbeit im Schulhauptpersonalrat mit den Zielen der GEW ist mir sehr wichtig – sie möchte ich festigen und ausbauen. Die Unterstützung und Aufgabenteilung im Vorstandsteam habe ich als gewinnbringend erlebt und würde dies gerne im Sinne der Mitglieder fortsetzen.



Jürgen Hein (stellvertretender Schatzmeister des GEW-Kreisverbandes Region Hannover) bewirbt sich für das Amt des Schatzmeisters.

Für was willst du dich in der kommenden Amtszeit einsetzen?

Für einen flexiblen und zielgerichteten Einsatz der Mitgliederbeiträge bei der Weiterentwicklung der zukünftigen Struktur und Arbeit der GEW.

Cordula Mielke (SHPR, FG Real-, Haupt- und Oberschulen) und **Jörg Addicks** (SHPR und Mitglied im Fachgruppenvorstand der FG Gesamtschulen) kandidieren als Team für das Referat allgemein bildende Schulen.

Warum kandidiert ihr?

Weil die Schule als Arbeitsplatz und pädago-gischer/s Handlungsraum/-feld über die einzelnen Schulformen hinaus gedacht und gemeinsam mit allen schulischen Fachgruppen gestaltet werden muss. Für dieses Ziel wollen wir uns einsetzen und die Referatsarbeit entsprechend gestalten.

Anne Kilian (verbeamtete Lehrkraft, Bezirk Hannover), **Ingrid Burmeister** (tarifbeschäftigte Lehrkraft, Bezirk Braunschweig), **Rita Vogt** (Sozialpädagogin) kandidieren erneut für das Referat Tarif- und Beamtenpolitik.

Warum kandidiert ihr?

Wir wissen, dass die GEW eine starke Tarif- und Beamtenpolitik für alle Beschäftigten braucht. Der innergewerkschaftliche Diskurs ist dabei ebenso wichtig wie die geschlossene Positionierung nach außen. Dafür wollen wir uns weiterhin engagieren.

Christina Ohnesorge (SBPR Braunschweig, Förderschullehrerin), **Sabine Banko-Kubis** (SBPR Hannover, Förderschullehrerin) und **Dr. Monika Brinker** (SBPR Hannover, Gymnasiallehrerin) kandidieren für das Referat Frauen- und Gleichstellungspolitik, in dem es um tatsächliche Chancengleichheit geht.

Warum kandidiert ihr?

Wir wollen gemeinsam gewerkschaftliche Themen frauenpolitisch gestalten, die Vielfalt der Gesellschaft als Chance begreifen und Geschlechtergerechtigkeit vorantreiben.

Michael Staszak, Britta Delique und **Detlef Duwe** (v.l.) kandidieren als Team für das Referat Berufliche Bildung und Weiterbildung.

Warum kandidiert ihr?

Wir kandidieren als Team, weil berufliche Bildung mehr als ein Gesicht hat.

Bernard Göbel (bisheriger Leiter des Referats GBMW, aktiv im KV Region Hannover und der FG Gymnasien, Schulpersonalratsvorsitzender) und **Katja Wehrend** (aktiv im KV Region Hannover und dem Referat GBMW, stellv. Schulpersonalratsvorsitzende) – kandidieren (wieder) für das Referat Gewerkschaftliche Bildung, Mitgliederbetreuung und Werbung.

Warum kandidiert ihr?

Weil die Ehrenamtlichen vor Ort einfach umsetzbare und nachhaltige Kampagnen zur Mitgliedergewinnung und -betreuung brauchen und der begonnene Organisationsentwicklungsprozess weiter gestaltet werden muss.

Meike Grams und **Olaf Korek** kandidieren als Team für das Referat Jugendhilfe und Soziale Arbeit (Meike erstmals und Olaf erneut).

Für was wollt ihr euch in der kommenden Amtszeit einsetzen?

Wir setzen uns ein, dass alle Bildungseinrichtungen partizipative, demokratisch verfasste, inklusive Lebens-, Lern- und Arbeitsorte werden, die dem Rechtsanspruch auf Bildung gerecht werden. Die Arbeit verdient entsprechende Aufwertung und Entlohnung! Wir setzen uns für die Einführung finanziell abgesicherter, verbindlicher und fachlich begründeter Personalschlüssel zur Ausstattung multiprofessioneller Teams ein.

Günter Beyer bewirbt sich erneut für das Referat Ausbildung, Fortbildung, Hochschule und Forschung.

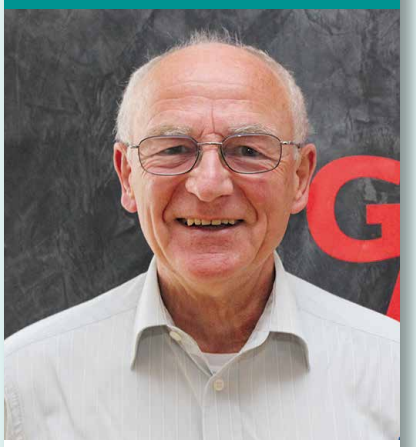
Für was willst du dich einsetzen?

Das Referat AFHuF setzt sich ein für eine Verbesserung der Studien- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen, der Situation des akademischen Mittelbaus und der Lehrer*innen-Fort- und Weiterbildung. Dies ist nur in einem gut funktionierenden Team zu bewältigen mit der Expertise aus Aus- und Fortbildung, Hochschule und Forschung.

Mustafa Yalcinkaya kandidiert für das Referat Ausbildung, Fortbildung, Hochschule und Forschung.

Für was willst du dich einsetzen?

- Umsetzung der vom Gewerkschaftstag 2017 beschlossenen „Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung“
- Entwicklung eines Betreuungs- und Unterstützungssystems für Lehrkräfte in der Berufseingangsphase



Rolf Heidenreich bewirbt sich erneut für das Referat Ausbildung, Fortbildung, Hochschule und Forschung.

Für was willst du dich einsetzen?

- Unterstützung der Kampagne „Gute Arbeit in der Wissenschaft“, Umsetzung der im „Templiner Manifest“ zusammengefassten Forderungen für Beschäftigte im Wissenschaftsbereich
- Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse in Bildungseinrichtungen im Land Niedersachsen

Rückblick der Landesvorsitzenden

Zwei Jahre Kampf für bessere Arbeitsbedingungen

Schon zwei Jahre seit der vorangegangenen Landesdelegiertenkonferenz (LDK) sind vergangen, so dass ein kurzer Blick zurück angebracht ist. Wir haben uns nach vielen Diskussionen auf vier Kernforderungen geeinigt, die wir neben zahlreichen weiteren Forderungen prioritär vorantreiben:

- Das Recht auf Vollzeit für pädagogische und therapeutische Fachkräfte
- Eine neue Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte mit spürbaren Entlastungen
- Die Wiedereinführung der Altersermäßigung
- Die Anhebung auf A 13 / E 13 für alle GHR-Lehrkräfte

Gemeinsame Aktionen

Im Geschäftsführenden Vorstand sowie im Landesvorstand - und ganz neu: im anlassbezogenen Austausch mit den Fachgruppen-Vorsitzenden - ist es gelungen, die Organisation auf diese vier Kernforderungen zu orientieren und unsere Strategie zur Durchsetzung weiterzuentwickeln. Dabei haben wir unsere Aktionsfähigkeit ausgebaut und verbessert. Wir haben unsere Energie und Kräfte darangesetzt, unsere Themen permanent in die Öffentlichkeit zu transportieren. Wie ein Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt, ist es keine Selbstverständlichkeit, dass die Bezahlung sowie die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten eine derart große Rolle in der medialen und in der politischen Debatte spielen.

Zusammenhalt in GEW und DGB

Die Koalition aus SPD und CDU, die seit Ende 2017 in Niedersachsen regiert, hat es uns bei der Durchsetzung unserer Forderungen allerdings nicht leicht gemacht. Mit den immergleichen Begründungen wurde uns auf allen Ebenen entgegengetreten: Unsere Forderungen seien berechtigt, aber leide fehle dafür das nötige Geld.

Die Politik hat darüber hinaus versucht, den öffentlichen Dienst gegeneinander auszuspielen. Immer nach dem Motto: Das Budget der Landesregierung sei begrenzt und reiche nicht für alle. Und wenn es etwas für die Bildung gäbe, dann würde eben für die Polizei und die Feuerwehr nichts übrigbleiben. Wer eine Politik des „Spaltens“ betreibt, spielt ungewollt denjenigen in die Hände, die die Gesellschaft tatsächlich spalten wollen: den Parteien am rechten Rand. Unsere Aufgabe als Gewerkschafter*innen ist daher klar: Nicht nur in den Bildungseinrichtungen, auch im persönlichen und gesellschaftlichen Umfeld stehen wir für den Kampf gegen Rechts!

Gemeinsame Erfolge

Und so ist es uns trotz der schlechten Rahmenbedingungen gelungen, einige Erfolge zu erzielen:

• Dank der enormen Lobbyarbeit der Fachgruppe PTTF und des Referats Jugendhilfe und Soziale Arbeit ist bei der Landesregierung angekommen, dass die Zwangsteilzeit von pädagogisch und therapeutisch Beschäftigten ein echter Skandal ist. Endlich wurden Gelder zur Verfügung gestellt, die ein Aufstocken der Verträge auf Vollzeit ermöglichen. Wir werden uns weiter mit aller Macht dafür einsetzen, dass das Recht auf Vollzeit für alle gilt!

• Auch unser Einsatz für die Anhebung auf A 13 / E13 aller GHR-Lehrkräfte trägt erste Früchte. Die Landesregierung hat realisiert, dass es einen Rechtsanspruch darauf gibt und dass die Ungerechtigkeit aufgehoben werden muss. Ab dem 1. August 2020 soll es eine Zulage von knapp 100 Euro für die Kolleg*innen geben. Ein konkreter Stufenplan zur kompletten Anhebung fehlt jedoch. Daran werden wir in den nächsten Jahren gezielt weiterarbeiten.

Unsinnige Schuldenbremse

Das Festhalten der GroKo an Schwarzer Null und Schuldenbremse verhindert aber weitere dringend notwendige Bildungsinvestitionen (zur Schuldenbremse siehe auch den Text unseres Gastautoren André Tautenhahn auf Seite 10).

Genau deshalb haben wir uns entschieden, das Thema Bildungsfinanzierung zum Schwerpunktthema dieser Landesdelegiertenkonferenz zu machen: Wir werden den SPD-Kultusminister Tonne mit wissenschaftlicher Expertise konfrontieren. Dies soll ihn unterstützen, genug Geld für den Kultus-Etat beim CDU-Finanzminister herauszuholen. Denn nur dann können unsere Forderungen erfüllt werden.

Wie weiter?

- Nach der ersten Zulage, die es für die GHR-Kolleg*innen geben wird, werden wir uns weiter für einen konkreten Stufenplan zur Anhebung auf A 13/ E 13 stark machen.
- Das Ende von Zwangsteilzeit muss vollumfänglich für alle pädagogischen und therapeutischen Fachkräfte umgesetzt werden.
- Wir treten vehement für dringend notwendige Arbeitsentlastung und damit für qualitativ hochwertige Bildung für unsere Schüler*innen ein: Die vollumfängliche Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitszeitkommission muss dabei der erste Schritt sein.
- Die Wiedereinführung der Altersermäßigung – wie im Koalitionsvertrag verankert – muss umgesetzt werden.

GEW für Chancengleichheit

- Das gegliederte Schulwesen steht dem Ziel der Chancengleichheit noch immer massiv im Weg. In kaum einem anderen Land hängt der Bildungserfolg so sehr vom sozialen Hintergrund ab wie in Deutschland.
- So lange es kein flächendeckendes integriertes Schulsystem gibt, muss Ungleiches auch ungleich behandelt werden. Keine Schulform darf abgehängt werden. Deshalb müssen wir uns massiv für die Stärkung der Schulformen HRS, OBS, IGS, KGS, BBS einsetzen.
- Für Chancengleichheit braucht es nicht nur ein integriertes, sondern ein inklusives Schulsystem. Dabei ist die Erhaltung der Doppelstruktur hinderlich. Vor allem: Die Kolleg*innen an den Schulen fühlen sich mit der Inklusion allein gelassen. Deshalb muss die Landesregierung für Rahmenbedingungen sorgen, die die Inklusion zum Gelingen bringen. Dazu gehören beispielsweise der Ausbau von multiprofessionellen Teams sowie kleinere Klassen.
- Die Bildungsbereiche Hochschule und Erwachsenenbildung dürfen

dennoch nicht vernachlässigt werden – das bleibt unser Ziel.

„OE-Prozess“
Es motiviert, dass so viele Menschen – junge wie ältere, Funktionär*innen wie Mitglieder ohne Ämter - Zeit und Lust haben, die Arbeit in der GEW gemeinsam weiterzuentwickeln. Das Wir-Gefühl, das eine so starke Rolle bei vielen spielte, ist ein absolutes Highlight. Es gibt wirklich viel Kompetenz und Expertise in unserer GEW. Das wurde bei den Zukunftskongressen „GEW.Weiterdenken“ sehr deutlich. Im Kern muss es danach um diese vier Themen gehen: 1. mehr Projektarbeit statt starrer Gremien, 2. mehr hauptamtliche Unterstützung bei der Koordination der vielen Aufgaben, 3. professionelle Beratung für neue Formen der Kommunikation einholen, 4. „Das Gesicht vor Ort“: Vertrauensleute an den Bildungseinrichtungen besser begleiten und ausstatten.

Zusammenarbeit
Die zahlreichen Aufgaben an der Spitze der GEW Niedersachsen können nur bewältigt werde, wenn die Arbeit und die Verantwortung auf mehrere Schultern verteilt ist. In der Zusammenarbeit im Vorsitzenden-Team, im Vorstand und mit der Landesgeschäftsstelle hat sich dies als sehr positiv erwiesen. Allen Beteiligten gilt mein und unser herzlicher Dank!

Laura Pooth

GEW startet Personalratswahlkampf 2020

Ab November geht es los!

Fast zeitgleich mit der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) startet der GEW-Landesverband am 29. Oktober auch den Personalratswahlkampf. Am 10. und 11. März 2020 werden von den Beschäftigten die örtlichen Personalräte der Schulen, die Schulbezirkspersonalräte und der Schulhauptpersonalrat beim Kultusministerium gewählt.

Dazu werden bei der LDK und ab Anfang November auf der Homepage des Landesverbandes zunächst die Planungen und die zentralen Gestaltungsmotive vorgestellt. Erstmals hat die Wahlkampfkommission zusammen mit der - in einem Auswahlverfahren bestimmten - Kampagnenagentur „Wegewerk“ aus Berlin nicht nur einen Slogan und Plakatvorschläge erstellt, sondern eine grundlegende Dramaturgie entwickelt. Diese Sammlung möglicher Maßnahmen wurde vom Geschäftsführenden Vorstand bearbeitet und abschließend diskutiert.

Auswahl und Rückkopplung
Besonders wichtig waren den Verantwortlichen diese zentralen Punkte:
- professionelles Campaigning und einheitliches Design
- moderne Strategie inklusive Online-Angeboten
- Auswahloptionen und Mitmachmöglichkeiten

Im Ergebnis können die GEW-Gliederungen ab November entweder auf fertig gestaltete Plakate und Motive zurückgreifen – oder Dateien erhalten und diese in eigenen Materialien frei verwenden. Es wird zudem Kurzbotschaften geben, die per Messenger leicht zu verbreiten sind. Vor allem erläutert ein Kampagnenflyer zunächst den vorgeschlagenen Ablauf zum Einsatz der Mittel, so dass die lokal angedachten Maßnahmen eingepasst werden können.

Eigene Fotomotive
Neben dem Slogan wurde Bildmaterial mit GEW-Fotomodellen erstellt, so dass ein echtes Alleinstellungsmerkmal gegeben sein wird. Außerdem sollen Fotos von lokalen Aktivitäten aus dem ganzen Land zentral im Internet dargestellt werden – also schon einmal die Akkus laden!

Damit die ernsthaften Anliegen der GEW bei Gelegenheit zudem mit einem Augenzwinkern begleitet werden, unterstützt ein besonderer Gast die Werbekampagne: Ross, das Niedersachsen-Ross der GEW. Besonders im Bereich der neuen Medien will er zeigen, dass die GEW auf Kuscheltier statt Kuschelkurs setzt.

Näheres zu den Materialien und eine konkrete Bestellmöglichkeit gibt es auch in der nächsten E&W-Ausgabe, die am 27. November erscheint.

Christian Hoffmann

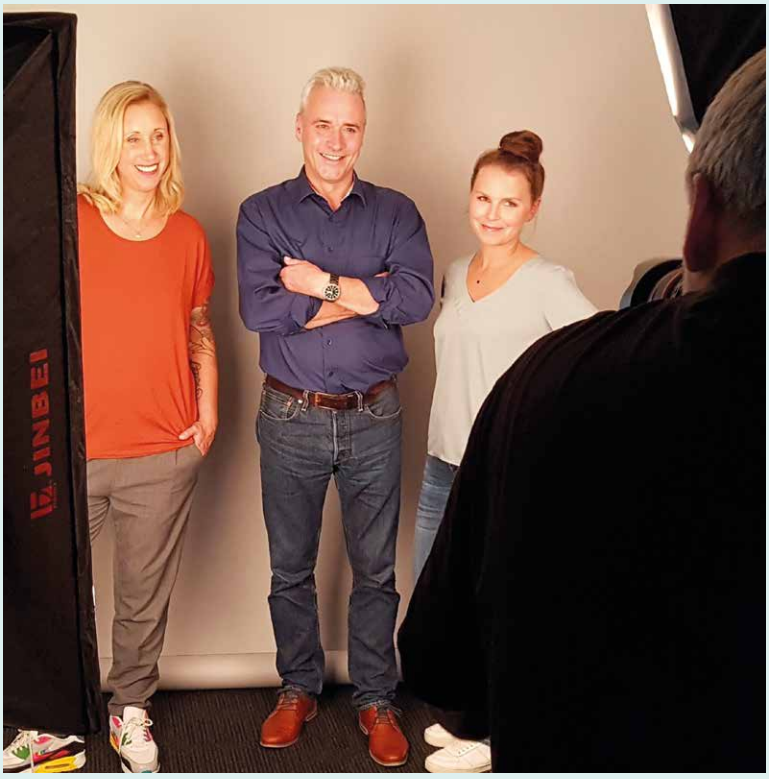


Foto: Christian Hoffmann

Sie haben sich für die Werbeplakate professionell fotografieren lassen: drei der vier GEW-Modelle.

Verabschiedung des Landeshaushalt 2020 im Dezember

Schuldenbremse und „schwarze Null“ sind Schnapsideen

Im September 2019 hat die Landesregierung ihren Haushaltsplanentwurf in den Landtag eingebracht, im Dezember-Plenum soll dieser mit den Stimmen der rot-schwarzen Koalition verabschiedet werden. Von einer Erfüllung der grundlegenden GEW-Forderungen (siehe Text von Laura Pooth) bleibt die Regierung wohl weit entfernt. Doch neben dem fehlenden politischen Gestaltungswillen nerven unseren Gastautor André Tautenhahn vor allem die Fetische „schwarze Null“ und Schuldenbremse.

Was soll man zu derlei Unsinn noch sagen. Es geht um ein Dogma, an dem jeder Aufklärungsversuch immer wieder scheitert, obwohl die Aufklärung hier nicht einmal vonnöten wäre, sondern einfach nur das Verständnis simpler Logik. Es können nicht alle sparen, so einfach ist das. Denn keine Regierung oder Partei dieser Welt kann die Tatsache widerlegen, wonach Schulden zwangsläufig etwas mit Ersparnissen zu tun haben. Wenn nun auch die niedersächsische Landesregierung beschließt, Schulden abzubauen, sogar stolz darauf ist, bleibt die Frage bestehen, wer sich denn für die neue Ersparnis des Landes verschulden soll.

Da gibt es nun drei Möglichkeiten, und die entspringen keiner schwarzen düsteren Lehre aus irgendeiner schmuddeligen linken Ecke – schön wäre es ja, wenn auch eine Mehrheit der Linken etwas von Volkswirtschaft verstünde. Da wären also zum einen die privaten Haushalte. Sie könnten sich verschulden, damit das Land mehr Ersparnisse hat. Das ist aber eher unwahrscheinlich oder sagen wir mal so, wenn die Armen noch ärmer würden, könnte es zumindest den Anschein eines Sparerfolgs geben. Dafür genügt es ja schon, die öffentlichen Leistungen noch weiter zu kürzen, am besten mit Verweis auf Schuldenbremse und die künftigen Generationen, die, so will es das Dogma ja, dann irgendwie besser leben könnten.

Unterm Strich sind die privaten Haushalte aber Sparer, weil es ihnen nicht zuletzt auch ständig durch die Politik eingetrichtert wird. Das Sparen für die Altersvorsorge ist dabei nur ein Beispiel. Also: die privaten Haushalte fallen als Schuldner aus, was auch die Zahlen belegen. Bleiben die Unternehmen. Sie können sich ja verschulden, damit das Land Ersparnisse hat. Der Gedanke ist nicht abwegig, denn so war es lange Zeit. Doch inzwischen sind auch die Unternehmen nicht nur hier, sondern beinahe überall auf der Welt zu Nettosparern geworden. Ein Grund dafür ist sicherlich die mangelnde Nachfrage von Menschen, denen man erzählt, dass Sparen eine Tugend ist und höhere Löhne in jedem Fall den Aufschwung gefährden.

Das heißt, die Unternehmen schwimmen gegenwärtig im ersparten Geld, was nicht zuletzt durch die unproduktiven Kapitalflüsse auf den Finanzmärkten deutlich wird. Die öffentlichen Sparfüchse in Land- und Bundestagen hält das aber nicht davon ab, abermals Steuererleichterungen für diesen volkswirtschaftlichen Sektor in Aussicht zu stellen, in der irrigen Annahme, dies würde nun endlich zu jenen Investitionen in die Realwirtschaft führen, die es schon nach den letzten Unternehmenssteuersenkungen nicht gab. So unbelehrbar kann man eigentlich gar nicht sein. Aber das nur am Rande.

Nun haben wir private Haushalte und Unternehmen, die allesamt Sparer sind. Wer soll sich also verschulden, damit das Land selbst auch Ersparnisse hat? Es bleiben nur die anderen Länder. Sie müssen sich verschulden, damit es hier Ersparnisse gibt. Das tun sie auch, und zwar inzwischen in einem solch hohen Umfang, dass sie gerade von denen kritisiert und verspottet werden, die auf die Schulden des Auslands zwingend angewiesen sind, damit sie selbst Ersparnisse vorweisen können. Aber am verrücktesten ist doch, diese Politik des öffentlichen Schuldenabbaus auch noch als stabile und vor allem nachhaltige Finanzpolitik in den Parlamenten hochleben zu lassen.

Keine Welt ohne Schulden

Das ist sie nicht. Der Abbau öffentlicher Schulden gefährdet die Stabilität nach innen wie nach außen. Es führt kein Weg daran vorbei. Wenn private Haushalte und Unternehmen sparen, muss der Staat die Position des Schuldners übernehmen. Es ist aber grundfalsch, dies nur dem Ausland zu überlassen, das ja auch in Zukunft die Forderungen noch bedienen können muss. Es ist daher kein Wunder, wenn der Protektionismus immer mehr an Bedeutung gewinnt. Erstmals haben sogar die G20-Staaten beim Gipfel in Buenos Aires zu Beginn des Monats auf eine Absage an den Protektionismus verzichtet, wenngleich sich die Bundesregierung hinter der vereinbarten Reform der Welthandelsorganisation versteckt.

Der Protektionismus kann gefährlich für Länder wie Deutschland werden, die permanent Leistungsbilanzüberschüsse anhäufen, also darauf vertrauen, dass andere Volkswirtschaften weiter Schulden machen. Dabei ist etwas anderes erforderlich. Die öffentliche Hand hier muss endlich mehr investieren, und zwar mit neuen Krediten, statt auf die Unternehmen zu hoffen, denen man zum bislang Ersparten durch Verzicht auf weitere Steuern noch etwas dazulegt. Es ist auch geradezu unverantwortlich, die niedrigen Zinsen nicht dafür zu nutzen, die eigene, zum Teil marode Infrastruktur vergleichsweise günstig zu modernisieren. Ja, die Baukosten werden immer teurer, aber auch nur deshalb, weil die Unternehmen erst wieder Kapazitäten aufbauen müssen, die sie durch die jahrelange Zurückhaltung der öffentlichen Hände haben reduzieren müssen.

Leider fehlt auch der Opposition der erforderliche Sachverstand. Gesagt wird beispielsweise, dass die Regierung vergesse, in die Zukunft des Landes zu investieren. Das ist zweifelsohne richtig. Die Alternativvorschläge sind jedoch genauso vom Geist schwarzer Nullen und der Schuldenbremse infiziert. Sie taugen daher nicht, die chronische Unterfinanzierung bei Krankenhäusern und Pflege, Schulen und Wissenschaft, Polizei und Justiz, kurz des Gemeinwohls zu beseitigen. Und so bleibt es bei der Tendenz, dass vor allem an der öffentlichen Daseinsvorsorge weiterhin gespart wird, während einige wenige immer obszönere Privatvermögen ansammeln können. Wer die soziale Frage und die immer ungleichere Verteilung der Vermögen durch das Dogma des Schuldenabbaus derart aus dem Blick verliert, darf sich über Proteste nicht wundern.

Petition

Gebt der Erwachsenen- und Weiterbildung eine Zukunft

Das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte startete Ende März die Petition „Gebt der Erwachsenen- und Weiterbildung eine Zukunft“ (http://www.tinyurl.com/vhs-petition). Das bundesweite Bündnis besteht aus fast 40 Initiativen von Lehrkräften für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache, die in der Erwachsenenbildung, beispielsweise in Integrationskursen, meistens als Honorarkräfte tätig sind. Es arbeitet eng mit der GEW zusammen.

In der Petition geht es um alle 190.000 VHS-Dozent*innen. In der ganzen Branche arbeiten sogar eine halbe Million Menschen. Da 2019 die Volkshochschulen ihr 100-jähriges Jubiläum feiern und sie außerdem die Hauptrolle in der Branche spielen, bezieht sich die Petition in erster Linie auf die VHS-Lehrkräfte.

Die Petition ruft die Politik von Bund, Ländern und Kommunen dazu auf, die äußerst prekäre Arbeit in der Weiter- und Erwachsenenbildung zu beenden, eine Weiterbildungswende herbeizuführen und mit einer erheblich verbesserten Finanzierung für faire Arbeits- und Einkommensverhältnisse zu sorgen.

Die Lage in der Lehre, dem Kernstück jedes pädagogischen Betriebes, ist dramatisch. Die Kurse werden überwiegend von Honorarlehrkräften gestemmt. Das bedeutet: keine Lohnfortzahlung bei Krankheit, Arbeitsverträge nur über wenige Wochen hinweg und so niedrige Honorare, dass Altersarmut vorprogrammiert ist. Und das alles im öffentlichen Auftrag. Eine normale Planbarkeit des Lebens ist durch die mangelhaften finanziellen und vertraglichen Rahmenbedingungen unmöglich. Ein Nettoeinkommen von 1.000 bis 1.500 Euro in Vollzeit ist die Regel – für eine pädagogische Tätigkeit, die einen Hochschulabschluss voraussetzt. Der Bildungsauftrag der Volkshochschulen wird also zu einem nicht unerheblichen Teil auf dem Rücken der Lehrkräfte ausgetragen. Solange die Lehre an der VHS als berufliche Sackgasse gilt und die Arbeit der Lehrkraft nicht angemessen anerkannt und finanziell gewürdigt wird, wird es für diese Einrichtung keine Zukunft geben.

In seiner Festrede beim Festakt „100 Jahre Volkshochschule“ in der Frankurter Paulskirche sagte Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts: „Weiterbildung ist (...) mit Schule und Hochschule gleichberechtigter Teil des deutschen Bildungswesens.“ Von einer finanziellen Gleichberechtigung, sowohl was die Träger als auch Lehrkräfte angeht, ist man leider weit entfernt. Der Niedersächsische Bund für Erwachsenenbildung beklagt: „Trotz der wachsenden Bedeutung des lebensbegleitenden Lernens und der wachsenden gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen wurde die Finanzhilfe des Landes für die Einrichtungen vom Spitzenwert von rund 60 Millionen Euro im Jahr 1993 auf knapp 45 Millionen Euro im Jahr 2013 gekürzt.“ Die alte Forderung, ein Prozent aller Bildungsausgaben für die Erwachsenenbildung auszugeben, wurde immer noch in keinem Bundesland erfüllt.

Die zentrale Forderung der Petition ist eine Qualitätsoffensive für die Volkshochschulen, die konsequent beim Personal ansetzt: eine erhebliche Erhöhung der Honorare (orientiert an TVöD E 12) und grundsätzlich feste Stellen für alle Daueraufgaben in der VHS, bei Lehrkräften nach TVöD E 12.

Das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte lädt alle ein, sich mit ihrer Unterschrift für faire Arbeitsbedingungen in der Erwachsenen- und Weiterbildung einzusetzen, damit diese ihre Hauptfunktion, die laut Adorno in der Aufklärung besteht, weiterhin erfüllen kann.

Lektüre-Tipp: Studie zu Kampagnen

„Klick-Aktionismus oder Anstiftung zu solidarischem Handeln?“

Ein nicht unbedeutender Teil politischer Willensbildung zu einem zukunftsfähigen Europa spielt sich im virtuellen Raum ab. Dies geschieht unter anderem mit Hilfe von Aufrufen, Petitionen und offenen Briefen, an deren Verbreitung Online-Plattformen wie WeMove.EU, We Act und Change.org beteiligt sind. Mit diesem Phänomen befasst sich die Studie zum europapolitischen Kampagnen-Aktivismus des ehemaligen Politik- und Kunstlehrers Martin Zülch aus Niedersachsen. Der Autor stellt eine Vielzahl an Appellen und Petitionen vor, die sich gegen diverse Fehlentwicklungen in der europäischen Politik richten, und analysiert charakteristische Merkmale des Kampagnen-Aktivismus: das Spektrum der Akteure, deren Mitteilungsformen, Erfolgsaussichten, Anwendung von Rechtsmitteln usw. Zudem enthält die Studie Vorschläge, wie dieser Aktivismus aus seinem „halböffentlichen Schattendasein“ befreit werden könnte, sowie zahlreiche Links zu aktuellen Kampagnen und Quellentexten. Zu finden unter **http://kampagnenstudie.martinzuelch.de** und bei **www.europa-neu-begruenden.de**.

Demokratieförderung in Schule

Kein Selbstläufer

Seit dem Phänomen der „Fridays for Future“-Bewegung scheint ein Aufatmen durch die Reihen der Pädagog*innen zu gehen: Da ist sie ja, die vermeintlich unpolitische Jugend, und nimmt aktiv am demokratischen gesellschaftlichen Diskurs teil. Für die Umwelt und gegen Intoleranz organisieren sich Jugendgruppen und treten mit ihren Forderungen in die Öffentlichkeit. Und sehr gern reihen sich Erwachsene in diese Aktionen ein, die „Teachers for Future“, die „Omas gegen Rechts“ – und auch die GEW.

Doch ist das der richtige Weg? Oder ist die Kritik Giovanni di Lorenzos zu teilen, der in einem Schülerinterview der Tellkampfschule kritisiert, die Erwachsenen würden mit einem solchen Verhalten „letztlich auch entscheiden, was guter und was schlechter Protest ist.“ Was aber, so gibt di Lorenzo zu bedenken, wenn gegen Zuwanderung auf die Straße gegangen werde? Ähnlich äußert sich auch Steve Kenner vom Institut für Didaktik an der Leibniz Universität Hannover, Referent bei der Auftaktveranstaltung des niedersächsischen Kultusministeriums für die Initiative „Demokratisch gestalten“. In seinem Workshop mit dem Titel „Demokratiebildung ist nicht neutral und Schule kein unpolitischer Raum“ regte der Wissenschaftler an, in der Schule im Wortsinne Freiräume zu schaffen, damit sich die Schüler*innen für allgemeinpolitische Belange engagieren können. Dabei muss, so die These der Teilnehmenden, Schule auch aushalten können, wenn die politische Schwerpunktsetzung der Schüler*innen nicht dem entspricht, was die Erwachsenen für erwartbar halten. Die Kontroverse auszuhalten – dazu fordert auch der so oft zitierte „Beutelsbacher Konsens“ von 1976 auf, der Grundlage des politischen Bildungsauftrages im niedersächsischen Schulgesetz ist.

Das alles klingt in der Theorie nachvollziehbar. Aber heißt Freiraum dabei in der Konsequenz auch, dass in der Schule jedwede politische Ausrichtung toleriert, also ertragen werden muss? Dass diese Haltung sogar gefährlich naiv sein kann, zeigt nicht nur der Blick in andere Bundesländer. Folgt man den Thesen aktueller Fachdiskurse, beispielsweise den Referent*innen des Fachtages „Neuer Deutscher Extremismus“ des Courage-Netzwerkes, sind vielfältige -ismen „in der Mitte der Gesellschaft“ angekommen. Es könnten somit auch in selbstorganisierten Schüler*innengruppen Rassismen ihre Ausprägung finden. Im Extremfall könnten sogar Extremismen der Mehrheits- sowie der Einwanderungsgesellschaft weitergeführt werden.

Hauptproblem dabei ist, dass diese „von außen“ nicht immer als extreme Gruppierung erkannt werden. Wie aber ist dann der Spagat zu schaffen zwischen Freiraum und Begleitung, Kontrollverlust und Bevormundung? Eine einfache Antwort auf diese Frage wird es wohl nicht geben. Es bleibt der Mut, es zu versuchen.

Anne Kilian

„Demokratisch gestalten“ Eine Initiative des Kultusministeriums Niedersachsen

Mit einer prominent besetzten Auftaktveranstaltung am 2. September 2019 setzt sich das Kultusministerium das Ziel, die 2015 von den Vereinten Nationen verabredeten „global goals“ an niedersächsischen Schulen wirksam werden zu lassen. Das Kultusministerium strebt dabei ein breit angelegtes Netzwerk mit Bündnispartnern aus allen Bereichen der politischen Bildungsarbeit an.

www.mk.niedersachsen.de/startseite/schule/schulerinnen_und_schuler_eltern/politische_bildung/politische-bildung-6501.html

Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

Auf dem bundesweiten Fachtag „Neuer Deutscher Extremismus“ am 25. Juni 2019 referierten renommierte Insider über verschiedenste Formen transnationaler Extremismen in der postmigrantischen Gesellschaft. Die Artikel sind in der sehr lesenswerten Broschüre „neuer deutscher extremismus*“ zusammengestellt und theoretisch aufgearbeitet in der Begleitschrift „Transnationaler Extremismus“ der Bausteine-Reihe.

www.schule-ohne-rassismus.org/materialien/publikationen

Konterbunt

Die niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung hat eine App namens „Konterbunt“ herausgegeben, mit deren Hilfe sich auch im Unterricht mit Stammtischparolen auseinandergesetzt werden kann. Die Parolen und damit auch die Realität intoleranter Anfeindungen verschiedener Gruppen wurden gemeinsam mit Expert*innen entwickelt, deren Organisationen Betroffene vertreten.

https://konterbunt.de

Fridays for Future

GEW zeigt Flagge bei Klimaprotesten am 20. September

Zahlreiche Aktive der GEW Niedersachsen haben am 20. September aktiv bei den Demonstrationen der „Fridays for Future"-Bewegung teilgenommen. So protestierte die Landesvorsitzende beispielsweise mit Unterstützung des dortigen Kreisverbandes in Oldenburg. Auch an der Großveranstaltung mit fünf Demozügen in Hannover waren zahlreiche GEW-Aktive beteiligt.

Der GEW-Landesverband hatte sich bereits zuvor mit den Zielen der Proteste solidarisiert und auch den niedersächsischen Kultusminister Grant Hendrik Tonne gebeten, den Schulen einen landesweiten Klimaprojekttag zu ermöglichen.
„Die GEW fordert die Öffentlichkeit auf, den Klimaschutz mit Fragen von Flucht und Migration sowie von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit gemeinsam zu denken", betonte Laura Pooth noch einmal am Rande der Oldenburger Demonstration.

Fotos: Christian Hoffmann

„Wohltemperierte Grausamkeiten“ der AfD

Wegbereiter der Gewalt

Die Maus war schuld. Als die AfD-Spitzenfunktionärin Beatrix von Storch im Netz gefragt wurde, ob sie an der deutschen Grenze auf flüchtende Frauen und Kinder schießen lassen würde, antwortete sie mit „Ja“. Nachdem von Storchs Gewaltphantasien einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurden, verblüffte sie mit einer erstaunlichen Erklärung: ihre Zustimmung zur Waffengewalt sei versehentlich erfolgt, da sie auf ihrer Computermaus ausgerutscht sei. Die Taktik, die hinter derartigen kommunikativen Slalomläufen steckt, ist ebenso durchsichtig wie dreist. Gezielt werden menschenfeindliche und gewaltaffine Statements abgegeben, und wenn der öffentliche Gegendruck zu stark wird, wird zurückgerudert, zugleich aber über ein angebliches gesellschaftliches Meinungsverbot lamentiert.

„Dire e disdire“ wird im Italienischen diese insbesondere von Silvio Berlusconi zur Meisterschaft entwickelte Taktik bezeichnet. Auf Kritik an einer verbalen Aggression erfolgt ein Dementi. Wird die Authentizität der Aussage nachgewiesen, kommt es zum Teilrückzug: man habe es ganz anders gemeint oder einen Witz gemacht. Als teutonische Ausgabe Berlusconis erweist sich unverkennbar der AfD-Co-Vorsitzende Alexander Gauland. Nachdem er öffentlich kundgab, dass er Jerome Boateng nicht als Nachbarn haben wolle, erwiderte er seinen Kritikern, dass er Boateng gar nicht kennen würde. Und als sein Parteifreund Björn Höcke das Holocaust-Denkmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ verunglimpfte, gab er Höcke recht, da das Denkmal ja auf die Schande des millionenfachen Mordes an den Jüdinnen und Juden hinweisen würde. Schließlich Gaulands Kennzeichnung der Nazidiktatur als ein „Vogelschiss“. Seinen Geschichtsrevisionismus versuchte er mit der Bemerkung zu rechtfertigen, dass ein Vogelschiss auf der Kleidung ja bekanntlich etwas Negatives sei.

Geistige Brandstifter

Nach dem Mord an Walter Lübcke stellten das Präsidium und der Parteivorstand der CDU in einer gemeinsamen Erklärung fest: „Die geistigen und sprachlichen Propagandisten von Hass und Ausgrenzung haben den Weg zur Gewalt bereitet. Führende Repräsentanten der AfD beteiligen sich bewusst daran.“ (1) Beispiele, die diesen Vorwurf belegen, gibt es in großer Zahl. So etwa, wenn der AfD-Landesvorsitzende aus Rheinland-Pfalz, Uwe Junge, ankündigte: „Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur … zur Rechenschaft ziehen werden.“[2] Oder Björn Höcke in seiner Rede am 28. Januar 2018 in Eisleben: „Diese Republik und das sie beherrschende medial-politische Establishment sind zu einem politischen Augiasstall geworden. Wir… müssen diesen Augiasstall ausmisten. Dieses Land braucht eine politische Grundreinigung.“ An Zynismus und Hass nicht mehr zu steigern sind allerdings die Gewalt- und Vernichtungsfantasien aus den Reihen der AfD gegenüber Flüchtlingen. So forderte Emil Sänze, MdL aus Baden-Württemberg, im Jahre 2016: „FRONTEX sofort beenden! Je mehr Migranten ersaufen, desto eher begreifen selbst afrikanische Ziegenhirten, dass es sich nicht lohnt, nach Europa aufzubrechen.“ (3) Und in der Hochphase der Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte äußerte der (ehemalige) niedersächsische AfD-Landesvorsitzende Armin-Paul Hampel, dass es für ihn klar sei, „dass ein Gutteil dieser angeblichen Brandanschläge von den Flüchtlingen selbst“ ausgeführt worden seien. „Mal ehrlich, viele von denen dürften es gewohnt sein, in ihren Heimatländern Feuer zu machen.“[4] Sogar das Thema Massenmord an Migranten scheint nicht mehr Tabu zu sein. Der parlamentarische Mitarbeiter der baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Heinz Merz und Christina Baum, Marcel Grauf, postete: „Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust mal wieder lohnen würde.“[5]

Auffällig oft wird in letzter Zeit von Repräsentanten der AfD das Thema eines drohenden Bürgerkrieges in öffentlichen Stellungnahmen angedeutet. Beispielsweise wenn der Landesvorsitzende aus Brandenburg, Andreas Kalbitz, der übrigens auch als Kandidat für den Posten des zukünftigen Bundesvorsitzenden gehandelt wird, mit drohendem Unterton feststellte: „Die AfD ist die letzte evolutionäre Chance für dieses Land. Danach kommt nur noch Helm auf.“[6] In seinem 2018 erschienenen Interviewband „Nicht zweimal in denselben Fluss“ konkretisiert Höcke seine Vorstellungen eines Bürgerkriegsszenarios im Zusammenhang der von ihm angestrebten ethnischen Säuberung. Euphemistisch betitelt er dies als „großangelegtes Remigrations-Projekt“, bei dem allerdings „wohltemperierte Grausamkeit“ angewendet werden müsse und „menschliche Härte und unschöne Szenen sich nicht immer vermeiden“ ließen. Im Rahmen dieser gewalttätigen Maßnahmen und Auseinandersetzungen würden „wir leider ein paar (germanische) Volksteile verlieren, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientialisierung und Islamisierung zu widersetzen.“ Ziel dieser notwendigerweise gewaltsamen Politik sei es, den Islam aus Europa zu verdrängen, den „Menschenrechtsextremismus“ zu überwinden und den „Gendermainstream (zu) vertreiben“, um den „bevorstehenden Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch“ zu verhindern. Angeleitet werden soll die von Höcke herbeiphantasierte Politik von einer „fordernden und fördernden Elite“, die als gesellschaftlicher „Zuchtmeister“ fungiert. Die von Höcke in dem Interviewband formulierten politischen Visionen gehen somit an Radikalität sogar noch über das hinaus, was die NPD sich öffentlich zu äußern traute.[7]

„Der Flügel“ in Niedersachsen

Ebenso wie in anderen AfD-Landesverbänden versucht auch in Niedersachsen der Höcke-Flügel an Einfluss zu gewinnen und neben den offiziellen Parteistrukturen Parallelstrukturen aufzubauen. Vorangetrieben wird dieses Projekt der erstrebten

Machtübernahme von der parteiinternen Strömung „Pegasus Germanus“ unter maßgeblicher Leitung von Dietmar Friedhoff, MdB aus Neustadt am Rübenberge, und Andreas Iloff, Kreisvorsitzender im Landkreis Diepholz. Iloff ist seit Jahrzehnten in der extrem rechten Szene aktiv, bereits im Jahre 1999 und 2000 wurden die beiden von ihm initiierten beziehungsweise geleiteten Vereine „Freundeskreis Deutschland e.V.“ und „Gemeinschaftswerk Auehof e.V.“ im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht wegen Kontakten zur NPD, der DVU, den Republikanern erwähnt. „Der Freundeskreis Deutschland sieht die Zukunft des deutschen Volkes bedroht durch die ‚Entfremdung von der eigenen Eigenart‘ und – in letzter Konsequenz – durch einen ‚geplanten Ethnozid, die kulturelle Auslöschung‘“, heißt es unter anderem dazu im VS-Bericht. Dieses Weltbild Iloffs lässt sich unmittelbar übertragen auf die von ihm rund 15 Jahre später geleitete faschistische Geheimsekte „Deutscher Bund“, die er auch noch konspirativ betrieb, als er schon Mitglied der AfD war.

Friedhoff, der Führer der Pegasus-Strömung, stellt seine Organisationsbestrebungen als basisdemokratische Antwort auf die seiner Meinung nach zu zahme Politik der Landesvorsitzenden Dana Guth und der nicht ganz so extremen Strömung „Alternative Mitte“ in der Niedersachsen-AfD dar.

„Nicht weich sein, harte Kante zeigen. Wir wollen in Regierungsverantwortung kommen. Und das geht nicht, indem ich nun anfange, weich zu spülen.“ (Friedhoff) (8) Stattdessen wolle man sich an der Radikalität des Faschisten Höcke orientieren, dem „besten Denker unserer Partei“, wie es auf der Pegasus-Webseite heißt. Doch die Kontakte Friedhoff enden nicht bei Höcke und seiner „Flügel“-Fraktion. Auffällig oft taucht Friedhoff mit Interviews und Grußbotschaften auch auf den Seiten der Internet Blogs „Politically Incorrect“ (PI-News) auf. Bereits 2007 urteilte der FAZ-Journalist Stefan Niggemeier: „Es ist ein unverhohlen rassistischer Mob, der sich im Kommentarbereich von Politically Incorrect versammelt“. (9) Seitdem hat sich an dieser Einschätzung nichts geändert, im Gegenteil. Zum Beispiel wurden Videoausschnitte aus der Rede Walter Lübckes auf PI-News präsentiert sowie seine Privatadresse mehrfach mitgeteilt. „Darunter posteten in den Folgewochen Hunderte deutsche und nichtdeutsche Kommentatoren Gewaltfantasien und Mordaufrufe.“ (10) Am 2. Juni wurde Walter Lübcke ermordet. Genau einen Monat später, am 2. Juli 2019, sendete Friedhoff unter der Überschrift „Dietmar Friedhoff wünscht allen PI-NEWS-Lesern schöne Ferien!“ in einem kurzen Video-Clip „sonnige Grüße aus Berlin“ und wünschte allen PI-Nutzern „Kraft und Ausdauer für das, was kommen mag.“[11]

Ralf Beduhn

[1] Z.n. taz, 25. Juni 2019.
[2] Z.n. Die Harke, 27. Januar 2019
[3] Z.n. KONTEXT, 24. Dezember 2016.
[4] Z.n. Weser Kurier, 25. April 2016.
[5] Z.n. KONTEXT, 16. Februar 2019.
[6] Z.n. taz, 31. Dezember 2018.
[7] Im zweiten Verbotsverfahren gegen die NPD konstatierten die Richter*innen des Bundesverfassungsgerichts zwar die Verfassungsfeindlichkeit der NPD, verzichteten aber auf ein Verbot, da die Partei ihrer Ansicht nach zu unbedeutend sei. Das kann man von der AfD nicht behaupten.
[8] Z.n. www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen, 2. September 2018.
[9] Stefan Niggemann: Freier Hass für freie Bürger. In: FAZ, 25. Oktober 2007. www.wikipedia.org/wiki/Politically_Incorrect
[10] www.pi-news.net/2019/07/dietmar-friedhoff-wuenscht-allen-pi-news-lesern-schoene-ferien
[11] „Was vor fünf Jahren noch unvorstellbar war, ist heute akzeptierte Normalität. Faschist*innen in den Parlamenten aller Ebenen – teils mit Ergebnissen von mehr als einem Viertel der Wähler*innen auf Landesebene. Völkische Hetze in den Talkshows. Während die AfD Stück für Stück nach der Macht greift … gilt weiterhin für die Mehrheit der Gesellschaft: Ruhe bewahren, noch regiert die AfD ja nicht.“ (Ernst Kovahl; in: DRR 179/2019, S. 3)

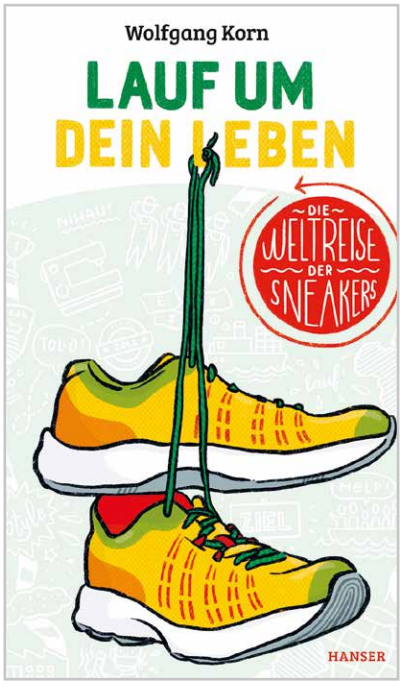
Literaturpreis der GEW

Heinrich-Wolgast-Preis-Verleihung in Erfurt

Der Heinrich-Wolgast-Preis wurde 1986 vom Bildungs- und Förderungswerk der GEW gestiftet, um die Darstellung der Arbeitswelt in der Kinder- und Jugendliteratur zu fördern. Der im Gedenken an den Reformpädagogen Heinrich Wolgast gestiftete Literaturpreis wird alle zwei Jahre vergeben und ist mit 2.000 Euro dotiert.

Die diesjährige Jury sichtete rund 200 eingereichte Bücher, setzte zehn Bücher auf die Shortlist und wählte schließlich das Buch von Wolfgang Korn. Die Jury für den Wolgast-Preis 2021 besteht aus drei Mitgliedern der AJuM Niedersachsen und einem Mitglied der AJuM Hessen. Die Shortlist für den Heinrich-Wolgast-Preis 2019 steht zum Download unter **www.gew.de/ausschuesse-arbeitsgruppen**.

Der diesjährige Preisträger Wolfgang Korn wurde für sein Buch „Lauf um dein Leben. Die Weltreise der Sneakers“ in einem feierlichen Rahmen ausgezeichnet. Auch die Illustratorin des Buches, Birgit Jansen, erhielt eine Anerkennung.
In diesem erzählenden Sachbuch begibt sich der fiktive Journalist Werner Koschinski, der für eine kleine Lokalzeitung arbeitet und wie jedes Jahr einen Artikel über den stattfindenden Marathon schreiben soll, im Auftrag seines Chefs auf die Spur eines alten, etwas besonderen Sneakers, der am Rande der Marathonstrecke gefunden wurde.
Koschinski recherchiert die Geschichte der Sneaker, reist nach Whenzou, mitten ins Zentrum der chinesischen Schuhindustrie, und nach Äthiopien, in das nun ein Teil der chinesischen Industrie ausgelagert ist. Koschinski erfährt viel über die Mechanismen der Turnschuhproduktion, der Vermarktung sowie den internationalen Laufsport und die Talentförderung.
Wolfgang Korn bearbeitet dieses aktuelle Thema in der Form einer fiktiven Investigativrecherche. Seine Handlungsschritte, seine immer neu entdeckten Fragestellungen, seine Rechercheschritte und die Veränderung seiner persönlichen Sicht sind gut nachvollziehbar. Alle, die nach der Lektüre mehr wissen wollen, finden im Anhang Lese- und Surftipps.
Wolfgang Korn ist nicht unbekannt: Bereits 2009 erhielt er den Deutschen Jugendliteraturpreis für sein Sachbuch „Das Rätsel der Varusschlacht“. Auch sein Buch über die



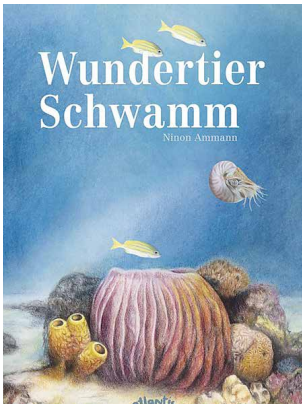
Fleeceweste wird in vielen Ländern verlegt.

Die ausführlichen Rezensionen aller Bücher der Shortlist sind zu finden unter **www.ajum.de**.

Ulrike Fiene
AJuM Niedersachsen

LesePeter der AJuM

Im November 2019 erhält den LesePeter das Sachbuch:



Ninon Ammann
Wundertier Schwamm
Atlantis Verlag 2019
ISBN 978-3-7152-0749-0
40 Seiten – 14,95 € – ab 6 Jahren

Schwämme gehören zu den ältesten Lebewesen. Sie leben im Meer und haben sich über Jahrmillionen kaum verändert. Das Sachbuch „Wundertier Schwamm“ widmet sich dieser einzigartigen Tierart und wartet mit unglaublichen Fakten auf.

Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter **www.ajum.de** (LesePeter) abrufbar.

Arbeitskreis Queer

Schulbücher schon gecheckt?

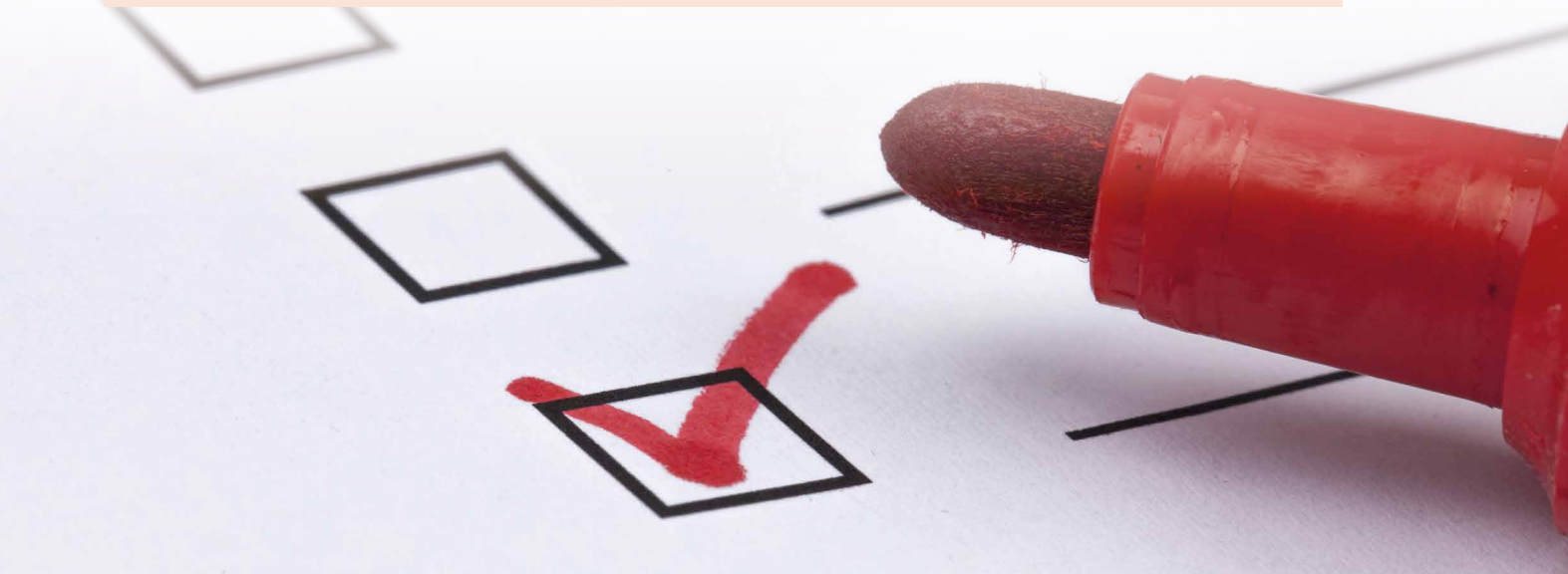
Bei einer Bestandsaufnahme eingeführter Schulbücher hat die bundesweite AG LSBTI der GEW festgestellt, dass sich ungleichheitsfördernde und diskriminierende Darstellungen im Lehrmaterial für Schulen befinden.

Die Einflussmöglichkeiten von Schulbüchern sind von besonderer Bedeutung, da sie als Unterrichtsmaterialien einen Großteil des zu vermittelnden Fachwissens transportieren. Gleichzeitig stellen im Schulalltag aktive Lehrkräfte immer wieder fest, dass sich insbesondere in Bezug auf die Abbildung gesellschaftlicher Vielfalt und Thematisierung verschiedener Identitäten und Lebensformen häufig stereotype und diskriminierende Darstellungen in Lehrmaterialien wiederfinden. Dies entspricht nicht den rechtlichen Vorgaben des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG) sowie der jeweiligen Landesgleichstellungsgesetze und stellt obendrein einen Widerspruch zu der durch das Grundgesetz gesicherten Verpflichtung staatlicher Schulen zur aktiven Förderung der Gleichstellung dar. Vermutlich schleichen sich ungleichheitsfördernde und diskriminierende Darstellungen nicht bewusst in das Lehrmaterial ein und sind von den Autor*innen des Verlags keineswegs intendiert. Vielmehr bilden sie eine mangelnde Sensibilisierung für verschiedene Ungleichheitsdimensionen und Benachteiligungen ab. Die GEW fordert die Schulbuchverlage daher auf „Diversität, Gleichstellung und Antidiskriminierung als Qualitätskriterien für Schulbücher und Unterrichtsmaterialien zu etablieren und ihre Mitarbeiter*innen entsprechend fachlich zu qualifizieren“ (GEW Beschluss 3.15). Ferner sollten Bücher und Materialien so gestaltet sein, dass sie Schüler*innen motivieren, sich selbstbewusst gegen Diskriminierung zu wehren und konkrete Handlungsansätze anbieten.
Als bundesweit aktive Gruppe im Bereich geschlechtlicher und sexueller Vielfalt hat die AG LSBTI einige Qualitätskriterien erarbeitet. Erarbeitet wurden diese Kriterien in Anlehnung an den aktuellen wissenschaftlichen Stand zur Schulbuchforschung und unter Mitwirkung verschiedener Fachkräfte des Braunschweiger Zentrums für Gender Studies, des Fachbereichs Soziologie (Schwerpunkt Migration und Kultur) der Goethe-Universität Frankfurt, des Graduiertenkollegs Gender und Bildung Hildesheim sowie der Mitglieder des Bundestreffens der GEW AG LSBTI, die als Expert*innen aus der pädagogischen Praxis sowohl verschiedene Schulformen und -stufen als auch unterschiedliche Bundesländer repräsentieren und diesbezügliche Erfahrungen und Kompetenzen mitbringen. Darüber hinaus orientieren sich die Kriterien an einer Veröffentlichung der UNESCO zu inklusiver Schulbuchgestaltung sowie an früheren Studien der GEW, insbesondere der umfangreichen Schulbuchanalyse durch Melanie Bittner aus dem Jahre 2011.

Die aufgestellten Qualitätskriterien konzentrieren sich auf die Bereiche Sprache, Abbildungen, Kontextualisierung sowie Inhalte und sind wie folgt untergliedert:

Sprache

- ✓ Verwendung geschlechtsneutraler Formulierungen oder Gender-gap _ beziehungsweise Genderstar*
- ✓ Vermeidung generalisierender Aussagen über Menschen, auch wenn sie zunächst vereinfachend erscheinen (zum Beispiel Frauen/Männer sind…; stattdessen: Manche Frauen/Männer sind…)
- ✓ Sensibler Umgang mit zuordnenden Begriffen (zum Beispiel Homosexuelle lieben anders, das normale Familienmodell)
- ✓ Vermeidung diskriminierender und hierarchisch geprägter Begriffe
- ✓ Inklusives Sprachniveau, das unter anderem soziale, entwicklungsbedingte und sprachliche Diversität berücksichtigt



Abbildungen

- ✓ Menschen mit verschiedenen körperlichen Merkmalen werden abgebildet (zum Beispiel Alter, Hautfarbe, Kleidung, religiöse Merkmale, ohne zu typisieren)
- ✓ Geschlechtliche Vielfalt wird durch eindeutig und nicht eindeutig weibliche oder männliche Figuren abgebildet
- ✓ Die Figuren werden in vielfältigen Situationen gezeigt, jenseits von Rollenstereotypen (zum Beispiel Männer* in handwerklichen und pädagogischen Berufen)
- ✓ LSBTI*-Personen werden durch Selbstbezeichnungen oder Kontextualisierung sichtbar
- ✓ Gleichgeschlechtliche Partnerschaft wird in derselben Alltäglichkeit gezeigt wie andere Formen des Miteinanders
- ✓ Abgebildete Familien zeigen eine Vielfalt der Familienformen
- ✓ Mitglieder einer Personengruppe werden nicht als homogen dargestellt (zum Beispiel Homosexualität wird nicht mit ‚weiß', ‚männlich' und ‚säkular sein' gleichgesetzt)

Kontextualisierung

- ✓ Beiläufige Thematisierung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in verschiedenen Kontexten (zum Beispiel kein biologisches „Sonderthema")
- ✓ Vermeidung einer kontextuellen Verbindung von nicht-heterosexueller Liebe und Geschlechtskrankheiten, Prostitution, Pädophilie und so weiter
- ✓ Diskriminierte Gruppen sollen so dargestellt werden, dass positive Identitätsmöglichkeiten geschaffen werden
- ✓ Diskriminierte Gruppen sollen nicht ausschließlich in der Opferrolle dargestellt werden (zum Beispiel Vermeidung alleiniger Nennung jüdischer oder homosexueller Personen im Zusammenhang mit deren Verfolgung und Vernichtung während der NS-Zeit)

Inhalte

- ✓ Gleichwerte Darstellung verschiedener Formen von Sexualität und Geschlecht
- ✓ Wertschätzende Haltung gegenüber Vielfalt
- ✓ Soziale Konstruiertheit von (binären) Differenzkategorien und deren kontextuelle Bedingtheit werden thematisiert (zum Beispiel historische Entwicklung und Konstruktion von Geschlecht, Partnerschaft, Familie und Sexualität)
- ✓ Mit binären Kategorien verbundene gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden aufgedeckt und reflektiert (zum Beispiel männlich – dominant versus nicht-männlich – dominiert)
- ✓ Befähigung zur Selbstwirksamkeit und Handlungsfähigkeit der Lernenden (zum Beispiel durch Aufklärung über Menschenrechtsgruppen oder rechtliche Hintergründe)
- ✓ Thematisierung emanzipatorischer Kämpfe um Gleichberechtigung der unterschiedlichen Frauen- und Homosexuellenbewegungen
- ✓ Existierende Vielfalt der Funktionen sexueller Handlungen abbilden (unter anderem persönliche Bindung, Bedürfnis, begehrt zu werden, aber auch soziale Machtverhältnisse und Gewaltanwendung und so weiter statt Sex ausschließlich als „natürlicher" Akt und Wunsch zur Fortpflanzung)
- ✓ Offene Aufgabenstellungen bieten – sofern thematisch möglich – Raum für individuelle Interpretationsräume jenseits bestehender Normen

Diese Kriterien sind auch online auf der Webpage der GEW Niedersachsen abrufbar unter: **www.gew-nds.de/schulbuchcheck**

Zu den Qualitätskriterien besteht Kontakt zu den Schulbuchverlagen. Auch wenn die genannten Qualitätskriterien für vielfaltsgerechte Schulbücher und Unterrichtsmaterialien keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, so würde deren Beachtung doch eine erhebliche Verbesserung der aktuellen Lage hin zu einem diskriminierungsfreieren Schulalltag von LSBTI* Kindern und Jugendlichen bedeuten.

Monika Brinker
für den Arbeitskreis Queer der GEW Niedersachsen

Stammtisch des AK Queer

Der AK Queer der GEW Niedersachsen ist eine offene Gruppe. Wer Fragen hat, Termine für die nächsten Veranstaltungen erfahren oder inhaltlich mitarbeiten will, erreicht den AK Queer über Roland Müller, rolamueller@gmx.de, oder Monika Brinker, MBrinker@gmx.de, oder den AK Queer Weser-Ems unter info@gewweserems.de.

Zudem gibt es das Angebot von offenen Stammtischen:
In Braunschweig: jeden 2. Freitag der ungeraden Monate ab 18:30 Uhr im Onkel Emma
In Göttingen: Kontakt: **QueerTeachers@gmx.de**
In Hannover: Kontakt: **rolamueller@gmx.de** oder **MBrinker@gmx.de**

Herzlich willkommen!

Landesfachgruppe Erwachsenenbildung

Mitgliederversammlung mit Wahl

Die Landesfachgruppe Erwachsenenbildung (LFG EB) führte am 14. September 2019 ihre turnusmäßige Mitgliederversammlung (MV) und Wahl des neuen Leitungsteams durch.

Als Geschäftsführer des GEW-Landesverbandes gab Rüdiger Heitefaut einen Überblick über die Tarif- und Betriebsratsarbeit sowie die anstehende Landesdelegiertenkonferenz.
In der recht spärlich besuchten MV spiegelte sich die auch Mitgliedersituation der GEW in Niedersachsen wider. Hier entwickelte das neue Leitungsteam in der Diskussion mit den Anwesenden direkt Ansatzpunkte für die künftige Arbeit.
Im Tätigkeits- und Finanzbericht für den Zeitraum 2016 bis 2019 wurde Bilanz gezogen: Gemäß der formulierten Ziele, die Interessen der Mitglieder und aller Beschäftigten in der Erwachsenenbildung zu vertreten, waren und sind die gesamten Aktivitäten darauf ausgerichtet, diese Ziele mittel- und langfristig zu erreichen. Dazu organisierte das Team der LFG EB in der vergangenen Legislatur vielfältige Aktivitäten und Veranstaltungen.
Als größten Erfolg können wohl die Festeinstellung von sechs Kolleginnen und Kollegen an der Volkshochschule Göttingen-Osterode sowie die Festeinstellung aller Dozentinnen und Dozenten an der kvhs des Landkreises Harburg verbucht werden.
Trotz des Erfolges muss weiter daran gearbeitet werden, weitere Festeinstellungen zu erreichen und für alle Erwachsenenbildner eine angemessene Bezahlung zu fordern und durchzusetzen. Zweimal fand in den Räumen der Landesgeschäftsstelle ein Tagesseminar „Fair statt prekär“ statt, in dem es um die Problematik der Sozialversicherung und Steuern von Honorarlehrkräften und Freiberufler*innen ging. Die Veranstaltungen waren gut besucht.
Auch auf politischer Ebene gab es Aktivitäten: Im August 2018 fand ein Treffen mit Thela Wernstedt vom AK Erwachsenenbildung der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag statt. Bindeglied zum AK ist der Landesgeschäftsführer Rüdiger Heitefaut. In diesem Jahr nahmen drei Teammitglieder auf Einladung des AK an einer hochkarätig besetzten Sitzung teil.
Fazit: Die Problematik in der Erwachsenen-/Weiterbildung ist sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus politischer Sicht erkannt und harrt ihrer Lösung.
Weitere Gespräche gab es mit Laura Pooth und Rüdiger Heitefaut, die die LFG EB mit großem Engagement unterstützen.
In der vergangenen Wahlperiode wurde die Öffentlichkeitsarbeit aktiviert: die Website steht kurz vor der Inbetriebnahme. Internetauftritte sind unerlässlich, um Mitglieder und Interessierte im Flächenland Niedersachsen zu erreichen.
Auch die Arbeit in der Bundesfachgruppe strahlt positiv auf Niedersachsen aus.
Auch wenn die Aktivitäten forciert und vieles erreicht wurde, bleibt doch eine Menge zu tun.
Die Forderungen für den zweiten Bildungsweg lauten nach wie vor:

- Beseitigung der unzumutbaren Arbeitsbedingungen
- Gerechte Vergütung
- Soziale Absicherung
- Sicherung der Qualitätsstandards

Im neuen Vorstandsteam arbeiten weiterhin mit: Ute Kummerow-Funke (Hannover), Claudia Bartelt (Göttingen), Andreas Klepp (Braunschweig) und Christine Melcher (Winsen (Luhe))

Christine Melcher
für die Landesfachgruppe

Tagung der Fachgruppe Gymnasien zum Arbeitsfeld Schullaufbahnberatung

Kompetente Beratung im Konflikt durch Koordinator*innen

Koordinator*innen an Gymnasien und Gesamtschulen arbeiten viel zu viel – das konnte Frank Mußmann bei einer vorherigen Veranstaltung der Fachgruppe Gymnasien bestätigen: Koordinator*innen sind demnach dauerhaft hoch belastet und zählen zu der am meisten zeitlich in Anspruch genommenen Gruppe von Lehrer*innen. Doch die Koordinator*innen sind nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ stark gefordert. Neben ihrer hohen Unterrichtsverpflichtung von 18,5 Stunden an Gymnasien und 19,5 Stunden als Oberstufenkoordinator*innen an integrierten Gesamtschulen gehört es zu ihren Aufgaben, zahlreiche organisatorische Aufgaben wie Kursplanung, Klassenbildung, Klassenarbeits- und Klausurtermine, Raumpläne, Vertretungspläne zu organisieren und zu koordinieren. Ein weiteres großes, zeitaufwändiges, menschlich forderndes, wenn auch sehr lohnendes Arbeitsfeld ihrer Tätigkeit sind Beratungsgespräche. Eine eigene Qualifizierung wird für Koordinator*innen bis jetzt nicht vom NLQ angeboten. Nach Aufnahme ihrer Tätigkeit müssen sie sich ihre Arbeitsfelder im Alleingang aneignen. Das unterscheidet sie von Schulleiter*innen, ständigen Vertreter*innen der Schulleiter*innen oder didaktischen Leiter*innen (GeS), die zu Beginn ihrer Tätigkeit an Qualifizierungen teilnehmen müssen oder können.

Dabei haben gerade die Schullaufbahnberatungen durch die Widersprüche im niedersächsischen Schulsystem stark zugenommen, nehmen zeitlich immer größeren Raum ein und können auch psychisch eine Belastung darstellen. Häufig genug werden die Beratungsgespräche von Schüler*innen und Eltern erst sehr spät in Anspruch genommen, wenn das Notenbild massiv Probleme bereitet oder psychosomatische Erkrankungen bereits einen regelmäßigen Schulbesuch verhindern. Die Koordinator*innen müssen sich angesichts oft dramatischer Situationen auf ihre pädagogische Erfahrung und den „gesunden Menschenverstand“ verlassen und stoßen dabei geradezu notwendig in manchen Fällen an Grenzen. Professionalisierung in der Gesprächsführung und Supervisionsangebote wären dringend notwendig.

Diese Lücke wollte die Fachgruppe Gymnasien mit der Veranstaltung „Kompetente Beratung im Konflikt – moderierende Schullaufbahnberatung durch Koordinator*innen“ wenigstens an einer Stelle schließen und zu einem professionellen Umgang mit Konfliktsituationen verhelfen. Prof. Dr. Maike Schmieta (HAWK Holzminden) legte zunächst in ihrem Vortrag über „Kooperative Gesprächsführung und Beratung – relevante Modelle für Begegnungen im professionellen Kontext“ dar, in welchen mitunter diffusen Gesprächssituationen Koordinator*innen sich wiederfinden können und nach welchen Kategorien sie sich ordnen lassen. Handelt es sich beispielsweise um eine klassische, offene Beratungssituation oder lediglich eine rechtliche Frage, die knapp abgehandelt werden kann? Wurde der oder die Ratsuchende quasi „vorgeladen“ und hat demnach kaum Interesse an dem Gespräch oder kommt er oder sie freiwillig und möchte aktiv an der Situation etwas ändern? Dem erhellenden Vortrag folgte das Gruppentraining.[1] Zur Vorbereitung hatten einige der Teilnehmenden anonymisierte und verallgemeinerte Fallbeispiele aus ihrer Praxis gesammelt, die Schmieta als Muster für von ihr vorbereitete und angeleitete Rollenspiele dienten. In diesem Kleingruppentraining wurden gegenseitig durch konstruktives Feedback bestimmte Routinen hinterfragt und aufgebrochen. Am Nachmittag kamen die wichtigsten Rechtsgrundlagen, mit denen Koordinator*innen häufig in den Beratungsgesprächen konfrontiert werden, zur Sprache.

Alle 14 Teilnehmenden erlebten den Tag als sehr gewinnbringend, auch dank Prof. Schmieta. Die Gruppe der Koordinator*innen trifft sich erneut im zweiten Halbjahr des Schuljahres. Termin und Thema werden noch bekannt gegeben. Zu besprechen gibt es für diese Gruppe genug.

Barbara Braune
Ständige Vertreterin der Schulleiterin, Tellkampfschule Hannover
Mitglied im Referat Allgemeinbildende Schulen

[1] Nach Hinsch, R. & Pfingsten, U. (2015). Gruppentraining sozialer Kompetenzen (GSK). Grundlagen, Durchführung, Anwendungsbeispiele. 6. völlig neu bearbeitete Auflage. Weinheim

Kreisverband Diepholz

Seminar Abordnungen und Datenschutzgrundverordnung

Bei der „Fortbildung Schulrecht“ des Kreisverbandes Diepholz behandelte Dr. Günther Hoegg in der Oberschule Bassum zwei Stunden lang anspruchsvolle Themen wie Beamtenrecht und Grundlagen des Urheberrechts und gab eine Einführung in den Datenschutz und „das Gespenst Datenschutzgrundverordnung”.

Dafür bringt Hoegg eine doppelte Qualifikation mit: Er ist promovierter Jurist mit Schwerpunkt Schulrecht und war bis vor kurzem auch als ausgebildeter Lehrer in einer Niedersächsischen Schule im Dienst. So gestalten sich seine Vorträge immer äußerst praxisnah.

Und auch bei diesem Seminar hatten die Lehrerinnen und Lehrer die Gelegenheit, Fragen zu stellen, wie beispielsweise nach dem erlaubten Einsatz von Printmedien im Unterricht oder der Verwendung von Dokumentationen der öffentlich-rechtlichen Sender. „Wir dürfen mehr aufgrund unseres Bildungsauftrages”, stellte der Jurist klar. So gelte ein fester Klassenverband als Freundesgruppe: „Die Schüler sind ihre Freunde und deshalb dürfen sie auch ihr erworbenes Bild und Druckmaterial mit ihnen teilen. Kritisch sei allerdings die Verwendung von Stadtplänen. Besonderes Augenmerk der Teilnehmer richtete er auf Fotos und Filmaufnahmen und räumte mit einer gängigen Fehlinformation auf, dass ab sieben Personen kein Einverständnis für die Aufnahme dieser Personen abzufragen ist. Dies sei ganz einfach falsch, nur wenn Menschen, beispielsweise in einem Stadion Teil einer Menge sind oder Teil der Landschaft seien, könne ohne Einwilligung fotografiert werden. Sehr kritisch sah er von Computerfirmen durchgeführte Wettbewerbe und Preisausschreiben. Er warnte davor, sich daran mit Schüler*innen zu beteiligen. Diese Wettbewerbe dienten den Firmen ausschließlich zur Datenerfassung. Jeder sei auch für die Daten verantwortlich, die er verarbeite. Er sei immer wieder überrascht, dass in Schulen die PCs nur unzureichend mit Passwörtern geschützt seien. Das Seminar endete mit den ebenfalls sehr aktuellen Themen Abordnungen, Versetzungen und Umsetzungen pünktlich wie angekündigt. Als Bonbon hatte er eine Korrektur der Einschätzung der Behörden zum Verfahren der Abordnungen vorbereitet. Da seine Korrektur auf Gesetzen beruht, dürfte dies zu regen Diskussionen in den Kollegien führen. Damit hatten die Teilnehmer*innen einen guten Überblick gewonnen und sich vor allem durch den konzentrierten Vortrag gut beraten gefühlt, so ihre Einschätzung. Das zeigte auch der Applaus.

Dorit Schlemermeyer

Foto: Dorit Schlemermeyer

Der Jurist und ehemalige Lehrer Dr. Günter Hoegg bei seinem umfassenden Vortrag zum Schulrecht.

Kreisverband Hameln

Sommerfest zum Schulbeginn

Die Mitglieder des Kreisverbandes Hameln feierten mit Freunden ihr jährliches Sommerfest.
Bei einem lauen Lüftchen in der Gaststätte „Tündernsche Warte“ waren Klönen, Grillen und Saftverkostung in vielfältiger Form sowie Musik der Band „Youngtimers“ angesagt. Das breite Repertoire der Musiker – alles ehemalige Kollegen – ließ einen Hauch von Woodstock wehen und Kraft für das neue Schuljahr schöpfen.
An diesem schönen Abend wurde auf Anregung der Kreisvorsitzenden Annette Hergaden eine Spende von 350 Euro für die GEW Stiftung „Fair Childhood“ in Nicaragua und Albanien gesammelt. Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kindern, statt Arbeit, den Schulbesuch zu ermöglichen.

Wolfgang Schnell

Foto: Wolfgang Schnell

Bezirksfachgruppe Senior*innen im Bezirksverband Lüneburg

Informationstag auf dem Lande

Im Frühjahr hatte die Fachgruppe Seniorinnen und Senioren des Bezirksverbands Lüneburg zu einem Informationstag „auf dem Lande“ eingeladen. 47 Teilnehmer*innen besichtigten zwei landwirtschaftliche Betriebe und nahmen aus dem engagierten Vortrag der Fachanwältin für Erbrecht, Beate Hoffmann aus Horneburg, viele Informationen zu den Themen Vorsorgevollmacht und Testament mit.

Zunächst traf sich die Senior*innengruppe auf dem Hof der Familie Klintworth in Fredenbeck, der seit 1890 im Familienbesitz ist. Was 1960 noch ein bäuerlicher Kleinbetrieb mit acht Kühen und einem Landbesitz von 15 Hektar war, entwickelte sich über verschiedene Ausbaustufen zu einem Betrieb mit 190 Milchkühen und rund 250 Kälbern in der Nachzucht. Bewirtschaftet wird der Hof überwiegend als Familienbetrieb, die Arbeit teilen sich mittlerweile drei Generationen.

Seit 1999 wurde ein Standort außerhalb des Dorfkerns aufgebaut. Zu einem Güllebehälter wurden nach und nach ein neuer Boxenlaufstall mit Melkanlage, eine Maschinenhalle, ein Strohlager, Siloanlagen und ein Kälberstall gebaut. So entstand ein Betrieb, der einen sehr sauberen und freundlichen Eindruck macht. Die Milchleistung der Kühe beträgt im Durchschnitt etwa 11.000 Liter im Jahr. Die Kühe kalben meistens vier Mal, in Ausnahmefällen auch bis zu zehn Mal. Zertifiziert ist der Betrieb als Produktion ohne Sojazufütterung. Ein Großteil der Ackerarbeiten wird in Eigenarbeit gemacht, Fremdfirmen übernehmen die Maisbestellung und -ernte.

Sehr offen beantwortete das Ehepaar Klintworth alle Fragen der Teilnehmenden. So erfuhr man, dass über die Transponder an den Hälsen der Kühe die tägliche Milchleistung gemessen wird, etwa 35 Liter am Tag. Der aktuelle Milchpreis ist nicht kostendeckend und der Hof Klintworth hat eine Mischkalkulation mit der Milchproduktion, der Zucht von Kälbern und dem Verkauf von Schlachtvieh.
Für die meisten Teilnehmenden war der Besuch ein Einblick in eine ganz andere Welt mit vielen Informationen und Eindrücken. Die Familie Klintworth ist gerne dazu bereit, Besuchergruppen ihren Betrieb zu zeigen, eine lohnenswerte Angelegenheit.

Nach einem Mittagessen informierte Juniorchef Christoph Werner über den „Spargelhof Werner“. Auf 170 Hektar werden jährlich rund 1.000 Tonnen Spargel geerntet, außerdem werden Himbeeren, Erdbeeren, Heidelbeeren und Kirschen angebaut. Zwischen April und September werden etwa 500 Saisonarbeiter*innen beschäftigt, die im Schnitt etwa zwei Monate im Betrieb arbeiten.
Der Beginn der Spargelernte wird durch die Folien immer weiter in das Frühjahr vorgezogen und endet am 24. Juni, dem Johannistag. Später wird nicht mehr geerntet, damit die Spargelstangen im nächsten Jahr wieder die notwendige Dicke erreichen. Eine Spargelpflanze kann zehn Jahre geerntet werden, danach ist der Boden für 30 Jahre nicht mehr für Spargel geeignet. Die Rekordwerte eines Spargelstechers liegen bei einer täglichen Ernte bei bis zu 600 kg. Die Spargel sollen alle am Folgetag nach der Ernte zum Verkauf in den Geschäften liegen. Damit sie frisch bleiben, werden sie nach der Ernte gekühlt, gewaschen und die Enden werden maschinell abgeschnitten. Beeindruckend war die Vorführung in der Spargelhalle. Der einzelne Spargel wird maschinell gewaschen und nach Größe sortiert. Ein Teil des Spargels wird geschält. Danach wird ein Teil der Spargel in Portionspackungen abgepackt, der andere Teil wird in Portionskisten zu den Verkaufsmärkten geliefert. Obwohl in der Halle etliche Mitarbeiter tätig waren, lief der größte Teil der Arbeit über Maschinen.
Zum Kaffee trafen sich die GEW-Senioren*innen im Kulturbahnhof der Deinster Kleinbahn. Hier finden Lesungen, Ausstellungen oder kleine Musikveranstaltungen statt. Am Sonntagnachmittag ist er geöffnet und dort befindet sich auch eine Haltestelle des Moorexpresses, der bis nach Worpswede fährt.

Ein informativer Vortrag der Rechtsanwältin und Notarin Beate Hoffmann und viele Nachfragen der Teilnehmenden brachten die Themen Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Testament näher. Die wichtigsten Erkenntnisse waren, dass man sich rechtzeitig um diese Themen kümmern muss, da durch Krankheit, Unfall oder andere Ereignisse jeder schnell betroffen sein kann. Wichtig ist, sich genau zu informieren und sich an den seriösen Vordrucken, die zum Beispiel von den Krankenkassen oder vom Justizministerium erstellt wurden, zu orientieren. Bei der Patientenverfügung sollte sich jeder an seinen Hausarzt wenden. Für komplizierte finanzielle Angelegenheiten oder nicht eindeutige familiäre Situationen empfahl die Rechtsanwältin notarielle Beratung.

Insgesamt war es ein gelungener und sehr gut organisierter Tag der GEW-Seniorinnen und Senioren, der neugierig auf die Veranstaltung im nächsten Jahr macht.

Lothar Wille

Didaktik und Methodik für Inklusionsklassen

von Manfred Bönsch

1. DOM = Das didaktische Optimalmodell

Lehrende haben in der Regel einen elaborierten Sprachcode (Mittelschichtsprache) und ihre eigene Art der Vermittlung (Lehrstil). Beides kann durch hohe Verständlichkeit gekennzeichnet sein, kann aber auch an den Verstehens- und Rezeptionsmöglichkeiten vollständig vorbeigehen. Lerndefizite werden gern Schüler*innen angelastet, sie könnten ihre Ursache aber eben auch in der geringen Verständlichkeit der Aufgabenstellung und der Darstellung eines Sachverhaltes haben. Die Unterrichtssprache ist die Grundvoraussetzung für das Verstehen und Kommunizieren, sie ist der Schlüssel für gelingenden Unterricht. Da die Bildungs- und Fachsprache mit Alltagssprache nicht identisch ist, können sprachliche Schwierigkeiten schnell das Lernen beeinträchtigen. Kleine Beispiele, die für die Grundschule, aber genauso auch für die Sekundarstufe I relevant sind, können das schnell aufzeigen:

1. Beispiel: Im Mathematikunterricht wird die Acht als eine gerade Zahl benannt (das meint eine Zahleigenschaft: ohne Rest durch Zwei teilbar). Alltagssprachlich ist gerade aber das Gegenteil von schief!
2. Im Mathematikunterricht einer dritten Klasse soll folgende Aufgabe bearbeitet werden: In einer Grundschule wird ein Schulsprecher gewählt. Die Kinder können zwischen Jonas, Mia und Pia entscheiden. Insgesamt werden 263 gültige Stimmen abgegeben. Jonas erhält 88 Stimmen und Mia 76. Wie viele Stimmen entfallen auf Pia? Vom Inhalt her ist die Aufgabe alltagsnah und verständlich. Genauer betrachtet aber müssen die Schüler wissen, was ein Schulsprecher ist, was insgesamt heißt, was „gültige Stimme“ und „Stimme abgeben“ bedeutet und was „entfielen“ meint.

Das Problem wird deutlich: ganz schnell können „Verstehenssperren“ auftreten, die das Lernen schwer oder unmöglich machen. Pauline Gibbons (Gibbons, 2009) schlägt das sogenannte „Scaffolding“ vor, das als Bau-, Denk- und Handlungsgerüst zu verstehen ist und das Lernende in die Lage versetzen will, anspruchsvolle Aufgaben zu lösen, die ohne Scaffolding nicht zu lösen wären. Es ist folgendermaßen darzustellen: Vier Bausteine werden als wichtig erachtet:

1. Bedarfsanalyse
   Bevor der Unterricht konkret geplant werden kann, ist der Sprachbedarf zu ermitteln (Wortschatz, sprachliche Handlungen, Aspekte der Grammatik, Fachbegriffe).
2. Lernstandanalyse
   Dann ist der Wissensstand der Schüler*innen zu erheben/einzuschätzen und mit den sprachlichen Anforderungen des Unterrichtsinhaltes zu vergleichen.
3. Unterrichtsplanung
   Unter Berücksichtigung des Vorwissens und der Sprache der Schüler*innen kann dann die Auswahl geeigneter Methoden, Lehr- und Lernformen, Aufgaben, Materialien und sprachlicher Hilfsmittel vorgenommen werden.
4. Unterrichtsinteraktion
   Die Unterrichtsqualität wird anders: Verlangsamung der Lehrkraft-Schüler*in-Interaktion, mehr gemeinsame Planungszeit, authentische Kommunikation durch aktives Zuhören und Antworten. Sprachliche Fehler werden zum Beispiel durch Wiederholen der Äußerung in korrigierter Form gelöscht. Die Schüler*innen werden positiv bestärkt.

Wie wichtig das ist, kann an einem kleinen Beispiel aufgezeigt werden:

In einer fünften Klasse soll eine Unterrichtseinheit zum Thema „Geometrische Körper“ (Würfel, Quader, Kugel und so weiter) durchgeführt werden. Modelle sollen untersucht und selbst gebaut werden. Die Schüler*innen sollen deren Eigenschaften mit Fachbegriffen beschreiben können. Die sprachlichen Anforderungen sind nicht gering, wie die folgende Bedarfsanalyse zeigt.

- Nomen werden wichtig: der Körper, der Quader, der Würfel, das Prisma, der Kegel, der Zylinder, die Pyramide, die Kante, die Ecke, die Fläche, das Netz, die Schnittfläche, die Eigenschaften, das Quadrat, das Rechteck, das Dreieck und so weiter
- Verben werden gebraucht: besteht aus, bauen, teilen und so weiter
- Adjektive werden aktuell: rechteckig, quadratisch, dreieckig, rund und so weiter
- Satzphrasen können helfen: Der Körper hat..., die Eigenschaften eines Würfels sind…, das Netz einer Pyramide besteht aus..., für den Quader benötige ich…

Die sprachliche Vorarbeit wird sehr sinnvoll sein, besonders dann, wenn die Heterogenität in der Klasse groß ist. In einem Gesprächskreis vor der Tafel ist das benötigte sprachliche Material gemeinsam zu bearbeiten. Die guten und schnellen Lerner*innen können dabei ihr unter Umständen größeres Vorwissen produktiv einbringen. Wichtig sind die zu sichernden Sprachbestände, die zugleich Sachklärungen sind, für alle Schüler*innen der Klasse (Tafelbild, große Papierbögen, die aufgehängt werden und damit für die weitere Arbeit zur Verfügung stehen). Das intendierte didaktische Optimalmodell (DOM) hat damit seine Struktur:

1. Sprachliche Vorarbeit
Eine erste Didaktisierung erfolgt also mit der Bereitstellung des notwendigen Sprachmaterials. Für viele Schüler*innen wird das eine wichtige Hilfe sein, sichert aber noch nicht die Bewältigung der folgenden Lernaufgaben. Das Konzept der entlastenden Differenzierung muss dazukommen.

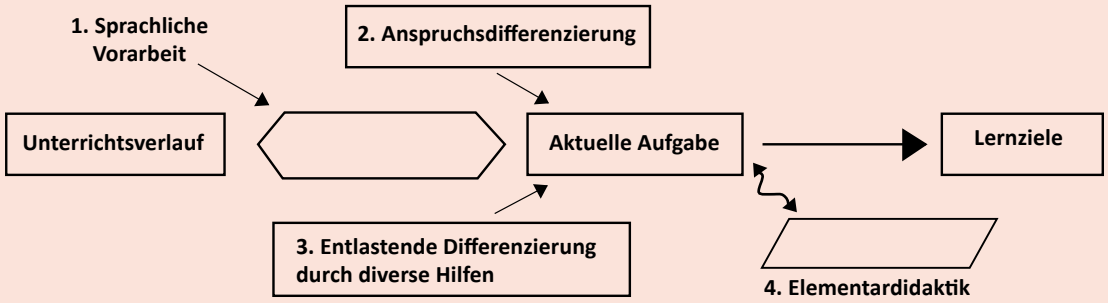
Literatur
Bönsch, A.-K.: Sprachsensibler Mathematikunterricht, Masterarbeit an der Universität Hannover, 2016
Bönsch, M.: Heterogenität und Differenzierung. Baltmannsweiler, 2018, 4. Aufl.
Gibbons, P.: Englisch Learners, Akademic Literacy and Thinking. Learning in challenge zone, Portsmouth, 2009

2. Das Konzept der Anspruchs- und Entlastungsdifferenzierung
Im Deutschunterricht eines sechsten Schuljahres soll eine Bildbeschreibung angefertigt werden. Im Arbeitsbuch gibt es ein großes und farbiges Bild eines Aquariums mit vielen verschiedenen, unterschiedlich großen und farbigen Fischen. Die Grundaufgabe ist, einen Fisch auszuwählen und ihn möglichst exakt zu beschreiben. Die Klasse ist sehr heterogen zusammengesetzt, es sind Schüler*innen mit Behinderungen und auch Flüchtlingskinder dabei, die die deutsche Sprache noch wenig beherrschen. Wenn die Grundaufgabe für alle Schüler*innen gelten sollte, würde es ein sehr unterschiedliches Leistungsbild geben. Anspruchsdifferenzierung und Entlastungsdifferenzierung sind die Hilfen. Differenzierungsset für eine Bildbeschreibung unter den zwei Aspekten „Anspruchsdifferenzierung“ und „Entlastungsdifferenzierung durch diverse Hilfen“

Aufgabe und Vorgaben
1. Die Grundaufgabe: Das Bild eines Aquariums mit vielen Fischen wird vorgegeben. Ein Fisch soll ausgewählt und genauer beschrieben werden.
2. Das Bild wird vorgegeben und dazu Sprachmaterial (Gesichtspunkte der Beschreibung, Adjektive, Merkmale).
3. Das Bild wird vorgegeben, dazu ein Lückentext und auch wieder das Sprachmaterial.
4. Das Bild wird vorgegeben mit Sprechblasen, in denen fertige Beschreibungs-Sätze stehen.
5. Das Bild wird vorgegeben. Ein Lernpate (Mitschüler*in) steht als Hilfe zur Verfügung.
6. Ein einzelnes Fischbild wird mit Wortkärtchen vorgegeben. Damit sind Sätze zu bilden oder nur Zuordnungen mit Pfeilen vorzunehmen.
7. Das Bild eines einzelnen Fisches wird zusammen mit fertigen Beschreibungssätzen vorgegeben. Diese sind zur Beschreibung zu verwenden.
8. Im einfachsten Fall sind Bilder und Wörter zusammen zu legen (gelbes Kärtchen und das Wort „gelb“, Bild „Fisch“ und Wort „Fisch“) und so weiter.

Differenzierungsansatz
1. Die Schüler*innen sollen eine Bildbeschreibung anfertigen. Wenn sie allen möglich ist, erfolgt keine Differenzierung. Das wird selten der Fall sein.
2. Hier erfolgt eine sogenannte entlastende Differenzierung durch sprachliche Hilfen
3. Differenziert wird mit doppelter Entlastung: Struktur der Beschreibung und sprachliche Hilfen.
4. Differenzierung durch Aufgabenvereinfachung (Sätze abschreiben in richtiger Reihenfolge).
5. Differenzierung durch personelle Hilfe (tutorielle Hilfe).
6. Differenzierung durch weitere Sätze Aufgabenvereinfachung (entweder Sätze formulieren oder nur Pfeilzuordnungen)
7. Differenzierung mit einer Kombination: Aufgabenvereinfachung und verstärkte Hilfen.
8. Die Bildbeschreibung ist nur in Vorstufen anzugehen (Wortschatzbildung).

Das Beispiel kann verdeutlichen, wie über die sprachliche Vorarbeit hinaus (Sprachmaterial bereitstellen, advance organizer (Ausubel, 1974) geben) an einer konkreten Aufgabe das Differenzierungstableau erweitert werden kann. Die Adaption an die aktuellen Lern- und Leistungsdispositionen der Schüler*innen einer Klasse erfolgt je nach Notwendigkeit durch die Anspruchsdifferenzierung an der konkreten Aufgabe (Bildbeschreibung) und Maßnahmen der Entlastungsdifferenzierung, um die Aufgabe bewältigen zu können beziehungsweise auf dem Weg zur Aufgabenlösung zu bleiben. Der Grundansatz wird deutlich: jede*r Lernende soll ihrem/seinem Lernstand gemäß etwas erfolgreich bearbeiten können. Anspruchsdifferenzierung und Entlastungsdifferenzierung sind die beiden einsetzbaren Strategien. Sie kommen nur zum Einsatz, wenn sich dies als notwendig erweist. Wenn alle Schüler*innen einer Klasse die gestellten Aufgaben lösen können sollten, erübrigen sich Differenzierungsmaßnahmen. Die sogenannte Anspruchsdifferenzierung hat zwei Richtungen: es geht entweder zunächst um Vereinfachungen, Verkleinerungen oder es geht für gut lernende Schüler um Ausweitungen, Vergrößerungen der aktuellen Aufgabe. Das didaktische Optimalmodell kann jetzt um zwei Elemente erweitert werden



Bleibt nun noch darauf hinzuweisen, dass unter den Gesichtspunkten einer Elementardidaktik die Lernwege von vornherein durch mediale Hilfen (das Lernen über das Auge), durch handlungsorientierte Elemente (das Lernen mit der Hand und haptisch orientierten Hilfen) so gestaltet werden können, dass das Lernen mit dem Ohr (Zuhören) wirksame Ergänzungen findet und unterschiedlichen Lerntypen immer wieder entsprechende Angebote gemacht werden können. Das wäre dann das vierte Element einer adaptiven Differenzierung (siehe Übersicht). Auf deren Basis ist es dann leichter möglich, für einzelne Gruppen in der Klasse Angebote der Anspruchs- und Entlastungsdifferenzierung zu machen.

Literatur

Ausubel, D.P.: Psychologie des Unterrichts, Weinheim, 1974
Bönsch, M.: Erfolgreicheres Lernen durch Differenzierung im Unterricht, Braunschweig, 2017, 4. Aufl.
Bönsch, M.: Heterogenität ist der Alltag – Differenzierung ist die Antwort, Stuttgart, 2014

Kommentar zu Manfred Bönschs Artikel „Didaktik und Methodik für Inklusionsklassen“

Gute Ideen zur Inklusion gibt es viele…

Manfred Bönsch erinnert in seinem Artikel „Didaktik und Methodik für Inklusionsklassen“ an ein sehr interessantes Modell für den differenzierten Fachunterricht. Es bietet eine gute Perspektive und einen hilfreichen Ansatz, um den eigenen Unterricht differenzierend vorzubereiten.

Es sind in den Schulen und Kollegien mittlerweile zahlreiche inklusive Modelle bekannt. Seit Jahrzehnten beschäftigen sich unsere Kolleginnen und Kollegen mit den Themen „Differenzierung“ und „Inklusion“. Dabei hat sich der Blickwinkel mittlerweile von der singulären Integrations- oder Inklusionsklasse auf inklusive Schulen und begabungsgerechten Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit und ohne festgestellten Förderbedarf erweitert. Die Kolleginnen und Kollegen setzen sich mit Theorien und Best-practice-Modellen auf zahlreichen Veranstaltungen der Fachgruppen und Referate, den Pädagogischen Wochen in Cuxhaven und Oldenburg oder dem Inklusionspädagogischen Wochenende in Dorum auseinander. Auch die vom Niedersächsischen Landesinstitut für Qualitätsentwicklung (NLQ) organisierten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren inklusive Schule (MIS) werden häufig zu schulinternen Fortbildungen eingeladen.

Die Schulen finden im Rahmen des inklusiven Prozesses aus einem bunten Strauß an Konzepten, Ansätzen und fundierten guten Beispielen ihren eigenen Weg zur inklusiven Schule. Dabei kann das vorgestellte Modell von Manfred Bönsch einen Beitrag leisten.

ABER: Ohne die benötigten Ressourcen wird das alles nicht funktionieren!

Der Aufbau von Multiprofessionellen Teams, die sich aus Lehrkräften verschiedener Lehrämter, pädagogischen und therapeutischen Fachkräften, der Schulsozialarbeit und weiteren, für die Umsetzung der Inklusion notwendigen Berufsgruppen zusammensetzen, muss schleunigst und umfassend vorangetrieben werden.

Die Versetzung von sonderpädagogischen Lehrkräften an die allgemeinen Schulen stellt einen ersten wichtigen Schritt dar. Jetzt müssen auch sonderpädagogische Stellen und Funktionsstellen an allgemeinen Schulen ausgeschrieben werden, damit dieser Weg auch weiterhin eine Perspektive hat.

Pädagogische und therapeutische Fachkräfte benötigen alle 100-Prozent-Stellen, damit sie genug Kapazitäten haben, um sich vollständig in die Team-Arbeit einzubringen. Nur eine ausreichende Zeit für Beratungs-, Planungs- und Teamarbeit ermöglicht eine Zusammenarbeit im multiprofessionellen Team.

Gut ausgestattete Mobile Dienste und gestärkte Regionale Zentren für schulische Inklusion (RZI), die mit einer umfangreichen Beratungs- und Fortbildungskompetenz als zentraler Aufgabe ausgestattet sind, sind unabdingbar für das Gelingen der Inklusion und die fachkompetente Unterstützung der Schulen.

Leider nehmen wir zurzeit in der Bildungspolitik eine ganz andere Tendenz wahr. Die Inklusion an den allgemeinen Schulen scheint sekundär behandelt zu werden, da landesweit die sonderpädagogische Expertise zurückgefahren wird. Eine Stärkung und teilweise sogar wieder eine Ausweitung des Parallelsystems von Förderschulen und Inklusion in Zeiten knapper Ressourcen bei den Lehrkräften lässt die Versorgungslücken auf allen Seiten nur noch größer werden.

Die aktuelle Situation in der inklusiven Bildungspolitik macht es nahezu unmöglich, selbst fachunterrichtsbezogene Differenzierungskonzepte, wie von Manfred Bönsch dargestellt, umzusetzen.

Holger Westphal

Aktuelles aus der Personalratsarbeit

Aus den Personalräten

Neuordnung des MK

Für viele – auch direkt Betroffene – überraschend teilte Minister Tonne zu Beginn der Sommerferien mit, dass das bisherige Drei-Ebenen-System mit Kultusministerium (MK) – Niedersächsischer Landesschulbehörde (NLSchB) und den vier Regionalabteilungen zu einem Zwei-Ebenen-System mit MK und vier Landesämtern umstrukturiert wird. Die Änderungen leiten sich aus den Ergebnissen einer externen Organisationsuntersuchung ab und sollen den Informationsfluss zwischen den Ebenen optimieren. Die Zentrale der NLSchB wird aufgelöst – der bisherige Präsident Dempwolf ist seit dem 1. August schon als Abteilungsleiter im Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) tätig – und die Koordination und Steuerung des nachgeordneten Bereichs übernimmt die Abteilung 1 des MK. Erhalten bleiben neben den bisherigen Ressourcen auch die Standorte der Regionalabteilungen in Braunschweig, Lüneburg, Osnabrück und Hannover. Geplant ist, den Umsetzungsprozess bis zum 1. Dezember 2020 abzuschließen (SVBl. 8/2019).

Neue Adresse des MK

Das Kultusministerium hat seit dem 1. September 2019 eine neue Adresse:
Niedersächsisches Kultusministerium
Hans-Böckler-Allee 5, 30173 Hannover
Tel.: 0511/120-0, Fax: 0511/120-7450
E-Mail: **poststelle@mk.niedersachsen.de**

Unterrichtsversorgung zu Schuljahresbeginn

Bis zum ersten Schultag des aktuellen Schuljahres konnten 1.781 der 1.900 an allgemeinbildenden Schulen ausgeschriebenen Stellen besetzt werden, davon 138 (7,7 Prozent) mit Quereinsteigenden. Da aufgrund mangelnder Bewerbungen viele Stellen umgewidmet wurden, bleibt auch die Zahl der Abordnungen mit 20.353,5 Stunden, die sich auf 2.309 Köpfe verteilen, hoch. Im Vergleich zum letzten Schuljahresbeginn wurden somit 260 Lehrkräfte und 2.133,25 Stunden mehr abgeordnet. 536 Abordnungen erfolgten von einem Gymnasium an eine Grundschule, 879 von einem Gymnasium an eine andere Schule des Sek-I-Bereiches. Für das zweite Halbjahr sind 1.350 Neuausschreibungen vorgesehen. Die Zahl der Neueinstellungen an berufsbildenden Schulen beläuft sich im Haushaltsjahr 2019 auf 259. Die Unterrichtsversorgung betrug im letzten Schuljahr 90,7 Prozent (Theorie 91,2; Fachpraxis 88,5 Prozent). (Pressemitteilungen des MK vom 14. August und 18. September 2019)

SHPR lehnt Erlassentwurf zur Unterrichtsorganisation ab

Eine Änderung des Erlasses zur Unterrichtsorganisation konkretisiert Vorgaben, die Schulen bei der Veränderungen der Dauer einer Unterrichtsstunde zu berücksichtigen haben. Diese 40- beziehungsweise 80-Minuten-Modelle werden von Schulen gern genutzt, um besondere Konzepte zum eigenverantwortlichen Lernen beziehungsweise für Lern- und Übungsphasen im Schultag umzusetzen oder einen pädagogisch sinnvollen Ganztag zu gewährleisten. Der Erlassentwurf ermöglicht solche Modelle, formuliert aber auch die einzuhaltenden Vorgaben. So ist sicherzustellen, dass für die Schüler*innen die vorgesehene Lernzeit aller Unterrichtsfächer gemäß Stundentafel gewährleistet ist und die Anforderungen des Abiturs erfüllt werden. Auch gilt es, die Arbeitszeitverordnung einzuhalten und zu gewährleisten, dass es durch das veränderte Stundenmodell hinsichtlich der Unterrichtsverpflichtung weder zu Mehr- noch zu Minderzeiten kommt. Zudem: „Auswirkungen auf den Zeitanteil für außerunterrichtliche Tätigkeiten der Lehrkräfte sind zu vermeiden."
Aus Sicht des SHPR lassen sich diese Vorgaben faktisch nicht umsetzen. Wie soll zum Beispiel gewährleistet werden können, dass die gemäß Stundentafel fehlenden Stundenanteile aller Fächer angemessen berücksichtig werden? Solche Arbeits- und Übungsphasen wären nicht nur planerisch entsprechend zu gestalten, sondern bedürften auch der zusätzlichen fachlichen und pädagogischen Abstimmung und Absprache der betroffenen Fachlehrkräfte, was ohne eine damit einhergehende zusätzliche außerunterrichtliche Tätigkeit nicht mög-

lich sein dürfte. Praktische Probleme ergeben sich auch hinsichtlich des Einsatzes der abgeordneten Kolleg*innen, die an Schulen mit unterschiedlicher Unterrichtsdauer eingesetzt sind.
Der SHPR hat den Erlassentwurf deshalb abgelehnt und dafür plädiert, es bei der 45-Minuten-Stunde ohne Option einer Kürzung zu belassen. Sinnvolle pädagogische Konzepte sowie die auskömmliche Ausstattung des Ganztags sind durch zusätzliche Ressourcen zu sichern, nicht aber durch eine Stundenverkürzung, die die Schulen vor unlösbare Organisationsaufgaben stellt und die Belastungen aller Beteiligten weiter erhöht.

Lehrkräfte mit Unterstufenlehrerausbildung der DDR

Den noch tätigen 100 Lehrkräften, die über eine DDR-Unterstufenlehrerausbildung verfügen, wurden Änderungsverträge mit einer übertariflichen Eingruppierung in die Entgeltgruppe 11 TV-L angeboten und von ihnen fast durchgängig angenommen. Zu berücksichtigen ist, dass eine Höhergruppierung in eine höhere Entgeltgruppe mit der Einstufung in eine niedrigere Erfahrungsstufe verbunden sein kann (§ 17 Abs. 4 TV-L in der Fassung von § 7 der seit 1. August 2015 geltenden Entgeltordnung für die Lehrkräfte der Länder (TV EntgO-L).

Maßnahmenpaket zur Entlastung von Lehrkräften

Im Rahmen der Pressekonferenz zu Schuljahresbeginn veröffentlichte das Kultusministerium eine Übersicht über den Umsetzungsstand der angekündigten Entlastungsmaßnahmen für Lehrkräfte. Schon erfolgt ist das Aussetzen der verpflichtenden Teilnahme an VERA 3 und 8, die Entlastung von Lehrkräften von Aufgaben während des Abiturs, die Reduzierung der Anzahl von Fachkonferenzen sowie das bereitstellen von Musterkonzepten. Zurzeit erfolgt eine Evaluation des Teilzeiterlasses im Rahmen einer anonymen Befragung, deren Abschlussbericht Ende des Jahres vorliegen soll.
Mittels Schulgesetznovelle soll Anfang 2020 bei Klassenkonferenzen die Anwesenheitspflicht von Lehrkräften, die die jeweiligen Schüler*innen nicht unterrichten, abgeschafft werden und der Turnus der Evaluation der Erfolge der schulischen Arbeit von einem auf zwei Jahre erweitert werden. Den Grundschulen soll ab 2020 ein verschlanktes Dokument für den Übergang in die weiterführenden Schulen bereitgestellt werden. Die ILE-Dokumentation soll entgegen ersten Ankündigungen weiterhin für jede/n Schüler*in vorgenommen werden. Entlastend sollen vereinfachte Materialien und Vorlagen wirken.
Für die Fokusevaluation ist zukünftig ein zweisäuliges Verfahren vorgesehen: eine freiwillige, die von den Schulen angefordert werden kann, sowie eine anlassbezogene, verpflichtende externe Evaluation.
Um die Schulleitungen von Grundschulen zu entlasten, will Minister Tonne dem „Runden Tisch“ im November den Vorschlag unterbreiten, deren Unterrichtsverpflichtung um eine Stunde zu senken.
(Pressemitteilungen des MK vom 14. August und 18. September 2019)

Sonderprogramm „Starke Sek-I-Schulen“

Um die Lehrkräfteversorgung in weniger attraktiven Gebieten des Landes zu stärken, startet das Kultusministerium 2020 in fünf Regionen ein Modellprojekt, das unter anderem eine Flächenprämie vorsieht oder auch die Übernahme von Umzugskosten. Die sogenannte „Dorflehrerprämie“ solle laut Minister Tonne „spürbar sein“; im Gespräch ist ein dreistelliger Betrag. Geprüft werden soll zudem, ob gezielt Beförderungsstellen zur Verfügung gestellt werden können. Auch sollen im Unterricht „pragmatische Einsatzmöglichkeiten“ für Fachexpert*innen, die selbst nicht Lehrkräfte sind, umgesetzt werden, und das Projekt Distanzlernen soll insbesondere für diese Regionen weiterentwickelt werden.
Zukünftig soll der Quereinstieg auch Masterabsolvent*innen von Fachhochschulen eröffnet werden. Das Verfahren zur Anerkennung eines im Ausland erworbenen Abschlusses wird beschleunigt, und Gym-Lehrkräfte, die sich verpflichten, drei Jahre an einer Sek-I-Schule zu unterrichten, wird im Gegenzug eine Stelle an einem Gymnasium zugesagt. Auch das Nutzen eines freiwilligen Arbeitszeitkontos soll beworben werden. (Pressemitteilung des MK vom 14. August 2019)

DigitalPakt Schule startet

Seit Schuljahresbeginn können Schulträger Fördermittel des Investitionsprogramms beantragen. Der Betrag, der ihnen zur Verfügung steht, errechnet sich aus dem Sockelbetrag von 30.000 Euro pro Schule (ab 60 Schüler*innen 500 Euro pro Schüler*in) und einem Kopfbetrag in Höhe von 445 Euro für öffentliche Schulen pro Schüler*in, der eigenverantwortlich aufgeteilt werden kann. Für Schüler*innen der GS gilt der Faktor 0,5; für Berufsschüler*innen der Faktor 0,4. Da es kein Windhund-Verfahren gibt, stehen die Mittel vollumfänglich bis 2023 zur Verfügung. Die erforderlichen Medienbildungskonzepte der Schulen sind nicht bei der Antragsstellung vorzulegen, sondern können auch noch im Laufe des Verfahrens entwickelt werden. Zur Unterstützung der Schulen stehen 80 medienpädagogische Berater*innen zur Verfügung. (Pressemitteilung des MK vom 14. August 2019)

Sprint beziehungsweise Sprint-dual wird Regelangebot

Seit dem 1. August 2019 sind die Inhalte des Sprach- und Integrationsprojekts für jugendliche Flüchtlinge in das Regelangebot der berufsbildenden Schulen übergegangen. Die bisher befristet beschäftigten Schulsozialpädagog*innen werden unbefristet weiterbeschäftigt.

Datendiebstahl in Gehrden

Während der Sommerferien wurden aus einem Gymnasium in Gehrden zwei Computer gestohlen, die auch personenbezogene Daten von Schüler*innen und Erziehungsberechtigten enthielten. Obwohl die Daten ausreichend geschützt und verschlüsselt worden waren, konnte nicht sichergestellt werden, dass sie nicht zweckentfremdet werden, auch wenn es sich nicht um sensible Daten handelte. Die Betroffenen wurden ebenso informiert wie der Landesbeauftragte für den Datenschutz, dem die gemeldeten technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen der Schule als angemessen erschienen und der den Diebstahl in diesem Fall als eine der Schule nicht vorwerfbare Handlung bewertete. (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 14. August 2019)

Versetzung von Förderschullehrkräften an die allgemeine Schule

Knapp 200 Förderschullehrkräfte sind auf eigenen Wunsch an eine allgemeine Schule versetzt worden. Zudem erfolgten 17 Einstellungen von Förderschullehrkräften an diesen Schulformen.

Förderrichtlinie BRÜCKE

Für das Projektvorhaben zur Zusammenarbeit von Kita und Grundschule stehen insgesamt zehn Millionen Euro zur Verfügung. Im Kindergartenjahr 2018/19 wurden 31 Projekte gefördert, für das kommende Jahr liegen 50 Anträge mit einem Volumen von rund 1,3 Millionen Euro vor. Maßnahmen, die der Konzeption und Umsetzung durchgängiger beziehungsweise anschlussfähiger Bildungsprozesse und -angebote dienen, werden mit bis zu 56.000 Euro gefördert. (Pressemitteilung des MK vom 20. August 2019)

Zahl der Grundschulen sinkt

Laut Landesamt für Statistik ist die Zahl der Grundschulen in Niedersachsen seit 2004 um 162 (rund neun Prozent) auf 1.699 Schulen gesunken. 59 dieser Schulen verfügen über weniger als vier Klassen, in 264 Schulen wird jeweils nur eine Klasse pro Jahrgangsstufe beschult. 310 der 945 Gemeinden, das heißt etwa 33 Prozent, verfügen nicht mehr über eine Grundschule. Im Vergleichszeitraum sank die Zahl der GS-Schüler*innen um fast 20 Prozent auf 279.000, die Klassengröße reduzierte sich von 21,2 auf 18,8 Schüler*innen. Trotz der geschrumpften Zahl der Grundschulen sind 114 Leitungsstellen unbesetzt. (Statistische Monatshefte Niedersachsen 8/2019)

Sonderpädagogische Beratung an allgemeinen Schulen

Anlässlich der Schuljahresanfangs-Pressekonferenz wies das Kultusministerium darauf hin, dass Förderschullehrkräfte gemäß des zum 1. Februar 2019 in Kraft getretenen Erlasses „Schulinterne sonderpädagogische Beratung an allgemeinen Schulen“ alle Lehrkräfte beraten. Um diese Beratung zu ermöglichen, können im Stundenplan vorgesehene Doppelbesetzungen zugunsten von Hospitationen und Beratung aufgelöst werden.

Beamtenpensionen

Die Ausgaben für Beamt*innen im Ruhestand steigen auch in Niedersachsen, was nicht überraschen dürfte. Das Landesamt für Statistik hat eine Steigerung von derzeit rund 3,5 Milliarden Euro auf 5,5 Milliarden im Jahr 2048 prognostiziert. Statistisch betrachtet hat ein/e Beamtin/Beamter im Alter von 65 Jahren derzeit eine weitere Lebenserwartung von rund 19,5 Jahren; etwa zwei Jahre mehr als die Gesamtbevölkerung. Die Landesregierung glaubt sich gut aufgestellt, da das Sondervermögen der Versorgungsrücklage derzeit 625 Millionen betrage und durch weitere Zuführungen (aktuell 90 Millionen im Jahr) erhöht werde. Zum Zeitpunkt des Stichtages (30. Juni 2018) beschäftigte das Land knapp 132.000 aktive Beamt*innen, darunter mehr als 60.000 Lehrkräfte und 12.000 Polizeibeamt*innen. Pensionen werden an rund 99.000 Ruhestandsbeamt*innen gezahlt. Gut die Hälfte der Beamt*innen geht vorzeitig in den Ruhestand. (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 9. September 2019)

Informatik als Pflichtfach

Kultusminister Tonne plant, ab dem Schuljahr 2023/24 Informatik rücklaufend von Jahrgang 10 aus als Pflichtfach einzuführen. Bis dahin soll eine verstärkte Aus- und Fortbildung dazu beitragen, genügend qualifizierte Lehrkräfte zu haben. Die Streichung eines anderen Faches sei nicht geplant.

Bildungsnotizen

Mehr Schulanfänger mit Sprachdefiziten

Daten des Landesgesundheitsamtes belegen, dass die Zahl der Schüler*innen mit massiven Sprachproblemen gestiegen ist. Knapp 5,8 Prozent (4.000 der 67.000 Teilnehmenden an den Schuleingangsuntersuchungen) konnten sich bei der Schuleingangsuntersuchung nur eingeschränkt oder gar nicht auf Deutsch verständigen. Seit 2014 hat sich die Anzahl somit vervierfacht. Positiv wirke sich der Besuch eines Kindergartens aus, da von den Kindergartenkindern nur fünf Prozent, von den Kindern, die keine Einrichtung besucht haben, hingegen 36 Prozent Sprachdefizite vorzuweisen hatten. (NDR, 15. September 2019)

Fridays for future: Bußgeld als letztes Mittel

Das Kultusministerium sieht keinen Grund, im Zusammenhang mit den „Fridays for Future“ in die Eigenverantwortung der Schulen einzugreifen und Vorgaben hinsichtlich einer härteren Gangart oder Bußgeldern gegen streikende Schüler*innen vorzuschreiben. Schule, Politik und Gesellschaft seien gut beraten, die Anliegen der Schüler*innen ernst zu nehmen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Trotzdem bleibe die Schulpflicht: Wer zur Demo gehe, fehle unentschuldigt.
Im Rahmen des Klimastreiks im September teilte Minister Tonne zudem mit, dass Schulen die Möglichkeit hätten, die Klimaproblematik auf verschiedenen Wegen zu thematisieren: Im Unterricht, in Form von Projekttagen, aber auch über eine Teilnahme an Demonstrationen (BZ vom 19. Juli 2019, Rundblick vom 2. September 2019, dpa-Meldung vom 18. September 2019)

MK-Initiative „Demokratisch gestalten“

Um Kinder und Jugendliche in ihrem Engagement für Demokratie und Menschenrechte zu stärken sowie Teilhabe und Partizipation auszubauen, startet das Kultusministerium mit einem Vier-Säulen-Konzept zur Demokratiebildung. Die Auftaktveranstaltung Anfang September diente dem Aufbau und der Etablierung regionaler Schulnetzwerke für Demokratie, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Menschenrechte. Als zweite und dritte Säule sollen ein Kinderrechteschulnetzwerk im Primarbereich sowie ein friedenspädagogisches Netzwerk aufgebaut werden, das den Schulen die Möglichkeit eröffnen soll, Expert*innen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Friedens- und Entwicklungshilfearbeit einzubinden. Zudem ist geplant, die Curricula wesentlicher Bezugsfächer

durch einen externen Partner anhand von Schlüsselfragen analysieren zu lassen, um zu ermitteln, inwiefern sich in Themen und Kompetenzen Demokratie- und Nachhaltigkeitskompetenzen finden lassen. Auch die Lehrpläne sollen einer Prüfung unterzogen werden. Zudem wird es einen Erlass zur Demokratiebildung geben, der Mitte 2020 in Kraft treten soll. (Pressemitteilung des MK vom 14. August 2019)

MK-Programm „Lesen macht stark“

Mit Beginn des kommenden Schuljahres startet das Kultusministerium ein Präventionsprogramm zu Lese- und Rechtschreibschwierigkeiten. Vorgesehen ist die Teilnahme von 100 Grundschulen und 50 Schulen des Sek-I-Bereichs, die sich Anfang 2020 bewerben können. Unterstützt werden sie durch Materialien, Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen sowie das Beratungs- und Unterstützungs-System der NLSchB. Je zwei Lehrkräfte werden unterrichtsbegleitend zu Lesecoachs ausgebildet und jede Schule erhält eine Anrechnungsstunde für die Koordination und Umsetzung vor Ort. (Pressemitteilung des MK vom 14. August 2019)

Gute Ganztagsschule

Aus Sicht der Bertelsmann-Studie „Zwischen Bildung und Betreuung. Volkswirtschaftliche Potenziale des Ganztags-Rechtsanspruchs für Kinder im Grundschulalter“ rechnet sich der Rechtsanspruch auf einen GS-Ganztagsplatz auch ökonomisch. Durch den Betreuungseffekt werde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt und die erwartete höhere Erwerbsbeteiligung werde insbesondere das Einkommen von Müttern verbessern. Zudem rechnen die Autor*innen der Studie bis 2030 mit knapp 54.000 zusätzlichen Vollzeitstellen. Hinzu kommen die zusätzlichen Stellen für Erzieher*innen und Lehrkräfte. Der Bildungseffekt könnte sich in besseren Bildungschancen und höheren Bildungsabschlüssen niederschlagen, so denn qualifiziertes Personal für den Ganztag eingestellt und pädagogisch wirksame Angebote unterbreitet würden. Nach 17 Jahren würden sich die Investitionen sowie die laufenden Kosten amortisiert haben. Zu finden ist die Studie unter: **www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_Zwischen_Bildung_und_Betreuung.pdf**

Trend zum Gymnasium ungebrochen

Gegenüber dem Vorjahr ist die Übergangsquote auf die Gymnasien um 0,2 Prozentpunkte auf 43,6 Prozent gestiegen. Die HS-Quote sank um 0,5 Punkte auf 3,7 Prozent, die RS- und ObS-Quoten stiegen jeweils um 0,2 Punkte auf 13,9 und 21,9 Prozent, die Übergangsquote zur IGS verzeichnete einen Rückgang um 0,1 Punkte auf 16,1 Prozent. (Pressemitteilung des MK vom 14. August 2019)

Projekt gegen Rechtsextremismus

Kultusministerium und Robert Bosch Stiftung wollen mit dem gemeinsamen Modellprojekt „Starke Lehrer – Starke Schüler“ Lehrkräfte für den Umgang mit extremistischen Positionen im Unterricht stärken. An dem dreijährigen Weiterbildungsprogramm nehmen 17 Lehrkräfte aus sechs berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen teil. Durchgeführt wird die Maßnahme in Kooperation mit dem Institut für Didaktik und Demokratie der Leibniz Universität Hannover. (Pressemitteilung des MK vom 25. September 2019)

DGB forderte Ausbildungsplatzgarantie

Der „Ländermonitor berufliche Bildung 2019“ dokumentiert, dass 15 Prozent aller Bewerber*innen in Niedersachsen keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Trotz guter konjunktureller Entwicklung blieben knapp 10.000 junge Menschen unvermittelt. Die Zahl der offenen Ausbildungsplätze lag bei 3.753 Stellen. Laut DGB steht Niedersachsen im bundesdeutschen Vergleich sehr schlecht da und müsse endlich handeln und die seit Langem geforderte Ausbildungsplatzgarantie umsetzen. Durch eine verpflichtende branchenbezogene Umlage könne die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht werden. Zudem bedürfe es einer öffentlich geförderten Ausbildung für diejenigen, die trotzdem keine Lehrstelle finden. (Pressemitteilung des DBG-Bezirks Niedersachsen vom 18. September 2019 sowie **www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/laendermonitor-berufliche-bildung-2019-1**)

AfD-Portal in Mecklenburg-Vorpommern verboten

Der Landesdatenschutzbeauftragte des Bundeslandes hat das von der AfD betriebene Internetportal „Neutrale Schule“ verboten und der Partei mit einem Zwangsgeld gedroht. Die Partei habe in dem Portal nicht nur personenbezogene Daten erfasst, sondern auch die politische Meinung der gemeldeten Lehrkräfte. Die Verarbeitung von Daten, aus denen die politische Meinung hervorgehe, sei laut DSGVO grundsätzlich untersagt und nur in Ausnahmefällen erlaubt. Aus Sicht von Minister Tonne sei das niedersächsische AfD-Portal faktisch gescheitert und spiele keine Rolle. Weder Schulen noch Lehrkräfte ließen sich davon einschüchtern. Die inhaltliche Überprüfung unterliege der Datenschutzbeauftragten. (Zeit online vom 13. September 2019)

Porno im Klassenchat – mehr Ermittlungen

Die jüngste Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS 2018) zeigt, dass unter den Tatverdächtigen bei Delikten im Zusammenhang mit sexueller Belästigung oder Veröffentlichung intimer Bilder und Videos zunehmend Minderjährige sind. Unter den 8.022 Tatverdächtigen waren 2.101 noch Kinder oder Jugendliche. Als Hauptursachen werden der immer frühere Besitz eines Smartphones sowie eine fehlende Medienbildung und Beaufsichtigung durch die Erziehungsberechtigen genannt. Sexting und Cybermobbing seien weit verbreitet.
www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2018/pks2018_node.html

Trauer um Matthias Schachtschneider

Die GEW trauert um den am 2. September verstorbenen Kollegen Matthias Schachtschneider. Nicht nur als ehemaliger Vorsitzender des Kreisverbandes Oldenburg zeichnete er sich durch Humor, Herz, Verstand und vor allem Rückgrat aus. Seine verantwortungsvolle und solidarische Lebens- und Arbeitsauffassung war für viele Kolleginnen und Kollegen beispielhaft. Die GEW wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Termine

Referat Jugendhilfe und Soziale Arbeit

Im Aufbruch: Akademische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen

30. Januar 2020 im Freizeitheim Vahrenwald in Hannover
Das System der Kindertageseinrichtungen erfährt seit Jahren eine dynamische Expansion. Der damit einhergehende Fachkräftemangel stellt für alle Akteur*innen im Feld eine große Herausforderung dar. Zugleich besteht der Anspruch, den hohen fachlichen Anforderungen an eine professionelle pädagogische Arbeit mit Kindern und Familien mit gut qualifizierten Fachkräften Rechnung zu tragen.
Die niedersächsischen Hochschulen und Universitäten begegnen mit mehreren Qualifizierungsangeboten diesem qualitativen und quantitativen Fachkräftebedarf.
Im Rahmen der Tagung sollen Perspektiven diskutiert werden, die das Feld der Kindertageseinrichtungen für die Absolvent*innen mit einem akademischen Abschluss attraktiv machen sowie gleichermaßen die Zufriedenheit und den Verbleib von Fachkräften insgesamt begünstigen können. Diese Tagung richtet sich an kommunale und freie Träger von Kindertageseinrichtungen, bildungspolitische Akteur*innen, die in der Aus- und Weiterbildung tätigen Fach-/Lehrkräfte, Studierende in (kindheits-)pädagogischen Studiengängen sowie alle Interessierten.

Verbindliche Anmeldung bitte bis zum 16. Dezember 2019 an: GEW-Landesverband Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover, Fax: 0511 33804-46, E-Mail: **h.bayer@gew-nds.de** Tel. 0511 33804-42

Fachgruppe Sonderpädagogik und vds

Mobile Dienste in Niedersachen

Eine Arbeitstagung zum geplanten Erlass für die Mobilen Dienste in Niedersachsen

Montag, den 11. November 2019, 10 bis 16 Uhr
Hotel Jeddinger Hof, Heidmark 1, 27374 Visselhövede

Mobile Dienste in den Bereichen Körperlich-Motorische Entwicklung, Hören, Sehen und Emotional-Soziale Entwicklung haben seit mehr als 30 Jahren wesentlich dazu beigetragen, dass Schülerinnen und Schüler mit Behinderung am gemeinsamen Unterricht teilhaben können. Die GEW und der Verband Sonderpädagogik (vds) begrüßen die Initiative des Kultusministeriums, für diese zentrale Form sonderpädagogischer Unterstützung im Hinblick auf ein inklusives Schulsystem die schulrechtlichen Grundlagen zu schaffen.

Um die fachliche Expertise einzubringen, soll diese Tagung genutzt werden. Mit Impulsreferaten zum jetzigen Entwicklungsstand und den sich daraus ergebenden Perspektiven werden am Vormittag praktische Erfahrungen ausgetauscht und die Vorstellungen für einen Erlass Mobile Dienste konkretisiert. Treffen die derzeitigen Entwicklungen und Perspektiven die Vorstellungen? Gibt es Impulse, die zu diesem Zeitpunkt der Entwicklung aus unserer Sicht besondere Berücksichtigung finden sollten?
Am Nachmittag kann mit Vertreter*innen des Niedersächsischen Kultusministeriums unter Leitung von Ute Wormland aus dem Referat 53 über den zu erwartenden Erlass „Mobile Dienste“ diskutiert werden.

Anmeldung unter: **h.bayer@gew-nds.de** oder GEW Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover
Anmeldeschluss: 5. November 2019. Die Teilnehmer*innen-Zahl ist begrenzt! Die Teilnahme an der Tagung beinhaltet ein Mittagessen. Fahrtkosten werden nicht gezahlt.

Fachgruppe Gymnasien

Forum Gymnasium: „Wie kann Demokratiebildung in der Schule gelingen?“

Donnerstag, 14. November 2019, 10.00 bis 16.30 Uhr
Stadtteilzentrum Lister Turm, Walderseestraße 100, 30177 Hannover

Die Schule ist der Ort, an dem Schüler*innen ihre ersten Erfahrungen mit komplexen Entscheidungsprozessen machen, die sie unmittelbar betreffen. Sie wählen ihre Vertreter*innen für den Schülerrat sowie die schulischen Gremien und treffen Sachentscheidungen, ob in der Klasse, in der Schülervertretung oder in der Gesamtkonferenz sowie dem Schulvorstand. Zugleich ist Schule der Ort der Erziehung zur Demokratie. Das Niedersächsische Schulgesetz formuliert, dass die Schule die Schüler*innen befähigen muss, „zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen“.
Die Wirklichkeit bleibt jedoch häufig weit hinter dem Anspruch der Erziehung zur Demokratie zurück. Die Bereitschaft zur Übernahme von Ämtern und damit von Verantwortung ist eingeschränkt, geht in Teilen sogar zurück. Das Interesse an Engagement, Diskussion und Lösungssuche im schulischen Bereich entwickeln nur wenige. Und diese Feststellung gilt auch für die Erziehungsberechtigten und die Lehrkräfte.
Angesichts der Veränderungen in der politischen Landschaft, dem Erstarken extremistischer Gruppierungen und der deutlichen Verschärfung der politischen Auseinandersetzung in Ton und Form ist die Schule als Ort der Demokratiebildung noch wertvoller geworden. Im Rahmen des diesjährigen „Forums Gymnasium“ möchte die Fachgruppe Gymnasium die Frage nach den Gelingensbedingungen der Demokratiebildung in Schule stellen. Wie muss sich die Schule – in ihrer Verfassung, in ihrer Struktur, in ihren Lerninhalten und -formen – ändern, damit die „demokratische Gestaltung der Gesellschaft“ gelingt?
Um die Frage nach der gelingenden Demokratiebildung aufzuwerfen, sind Expert*innen eingeladen, die aufgrund ihrer fachlichen Expertise einzelne thematische Aspekte

beleuchten werden. Ausgehend von den Fachreferaten steht die Diskussion im Mittelpunkt des Forums, um gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln.

Die Zahl der Teilnehmer*innen ist auf 50 beschränkt.
Anmeldungen für GEW-Mitglieder (Fahrtkosten werden nicht übernommen) bis 11. November 2019: Helga Bayer, GEW Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover, Tel. 0511 3380423 – **h.bayer@gew-nds.de**
Nicht-Mitglieder tragen eine Tagungsgebühr von 20 Euro.

Bezirksverband Weser-Ems

Pädagogische Tage Ostfriesland: Digitalisierung … Fluch oder Segen

Fachvorträge und Workshops zu verschiedenen Themen

5. und 6. November 2019, Europahaus Aurich

5. November 2019
19.00 Uhr: Eröffnung

20.15 Uhr: „Reis against the Spülmachine“ (Musik-Coverett)

6. November 2019
9.30 Uhr: Ankommen / Stehcafé

10.00 Uhr: Die universitäre Sicht zum Digitalpakt (Vortrag

Dr. phil. Matthias Burchardt, Universität Köln)

12.30 Uhr: Mittagspause

13.30 Uhr: Fachvortrag zu einem Hochschul-Kooperationsprojekt, das zum Wiederaufbau der Schulen sowie zur demokratischen Neugestaltung des Bildungswesens in Nordsyrien beitragen kann (Münevver Azizoglu-Bazan, PhD researcher, Universität Bremen)

14.00 Uhr: Workshops
1. Vom Jenaplan lernen – ein Überblick mit Beispielen aus der Grundschule im offenen Austausch mit H.-P. Schröder
2. Von der AG über die Solar Ralley bis hin zu Jugend forscht und wieder zurück (Stefan Wild, Hochschule Emden)
3. Digitalisierung im schulischen Alltag — aus gewerkschaftlicher Sicht werden die Probleme bei der Umsetzung des Digitalpakts in der schulischen Praxis dargestellt (Anne Kilian, GEW Schulhauptpersonalrat)
4. Digitalisierung im Unterricht – digitale Unterrichtsvorbereitung und Durchführung (Hans Jürgen Chwolka, KGS Ihlow)
5. Podcast, MP3 und Co. – Das Potential von Schul-Internetradio (Natalie Deseke/Projektleitung Schul-Internetradio Niedersachsen Landesinitiative n 21)
6. Grundschule + Hort = Ganztagsschule (Kai Münzel,SL GS Lamberti, und Karin Laue,Leiterin DRK Lamberti Hort)

15.30 Uhr: Kreativer Abschluss mit Prof. Dr. Klaus Urban

Informationen unter **www.gewweserems.de**
Kosten: GEW-Mitglieder kostenfrei, Nichtmitglieder 10 Euro. Bitte bei der Anmeldung ersten und zweiten Wunsch zur Teilnahme an den Workshops angeben.
Anmeldung unter: **diefroehlich@gmx.de**

Referat Jugendhilfe und Soziale Arbeit

verschieden * gleich * gemeinsam

Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams

Landgasthof Jeddinger Hof, Heidemark 1, 27374 Visselhövede/Jeddingen

Donnerstag, 20. Februar 2019, Beginn: 9.30 Uhr
10.00 Uhr: Einführung in das Thema
11.00 Uhr: Impulsreferat
Multiprofessionelle Zusammenarbeit will gelernt sein.
Prof. Dr. Martin Heinrich – Universität Bielefeld, Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Schulentwicklung und Schulforschung

Nachmittags - AG-Angebote:
Thema 1: Team und Rollenverständnis versus Alltagsrolle und Unterricht

Thema 2: Ein multiprofessionelle Team entwickelt sich nicht von allein – mit klarer Haltung zum leichten Umgang mit Konflikten

Thema 3: Rollen in der multiprofessionellen Zusammenarbeit

Thema 4: Leistung durch Inklusion

Thema 5: Gemeinsam Kinder und Jugendliche vor Diskriminierung schützen“ – Einblicke in den Anti-Bias-Ansatz

Thema 6: „Meine Rolle“ und „unser Ziel“ im multiprofessionellen Team

Freitag 21. Februar 2019
Vortrag – Diskriminierung in der Schule
Saraya Gomis, ehemalige Antidiskriminierungsbeauftragte der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Berlin)

Ende der Tagung: 14.00 Uhr

Verbindliche Anmeldung – gegebenenfalls Absage – bitte bis zum 20. Januar 2020 an: **h.bayer@gew-nds.de**
Für GEW-Mitglieder ist die Teilnahme, Übernachtung und Verpflegung kostenlos. Nichtmitglieder zahlen nach erfolgter Zusage den Tagungsbeitrag in Höhe von 150 Euro.
Auf Antrag können für GEW-Mitglieder Kinderbetreuungskosten übernommen werden.

Kreisverband Nienburg/Weser

Fortbildung: Ermutigende Anstiftung für den pädagogischen Alltag

Eine Bildungsoffensive und Visionsbildung für den Landkreis Nienburg und darüber hinaus

Montag, 11. November 2019, 10 Uhr bis 17 Uhr
Kulturwerk Nienburg, Mindener Landstraße 20,
31582 Nienburg

Margret Rasfeld ist Mitbegründerin der erfolgreichen Initiative „Schule im Aufbruch“. Sie möchte dazu anstiften, Schule neu zu denken – und zu handeln. Es wird eine Schule entworfen, in der Kinder, Jugendliche und Erwachsene voller Begeisterung innovative Formen des Lernens ausprobieren und ihre Entdeckerfreude, Gestaltungskunst und Kreativität entwickeln und ausleben dürfen. Margret Rasfeld war Leiterin der Evangelischen Schule in Berlin und wirkt nun als Bildungsinitiatorin im deutschsprachigen Raum. Nach einem Eingangsreferat werden AGs gebildet, die inhaltlich folgende Inhalte haben könnten: Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), Situation an den eigenen Schulen, genereller Austausch hinsichtlich Inklusion, verbesserte pädagogische Arbeitsweisen, Entlastung durch positive Konzeptentwicklung an unseren Schulen und so weiter.

Referentin: Margret Rasfeld
Anmeldung bis zum 1. November 2019: Antje Werkmeister, Tel.: 0151 62600167, E-Mail: **antjeamfluss@yahoo.de**
Für GEW-Mitglieder ist die Veranstaltung kostenfrei. Nichtmitglieder entrichten einen Kostenbeitrag von 25 Euro, Referendar*innen 10 Euro.

Mitgliederbeitrag und wichtige Daten

Die Höhe des Mitgliedsbeitrags richtet sich nach der Höhe des individuellen Gehalts beziehungsweise der individuellen Besoldung. Einzelheiten dazu finden sich in der aktuellen Beitragsordnung, die auf **www.gew-nds.de** im Bereich Mitgliederservice zum Download zur Verfügung steht. Dort gibt es auch einen Beitragsrechner und weitere Informationen.

Wenn Gehälter und Bezüge steigen, dann steigt auch der Beitrag im gleichen Verhältnis. Die entsprechende Veränderung beim Einzug der Mitgliedsbeiträge erfolgt zeitlich parallel dazu. Der Beitrag kann von uns nur dann korrekt festgelegt werden, wenn wir rechtzeitig über Veränderungen (Ende des Referendariats, Veränderung der Teilzeit, Elternzeit, Eintritt in den Ruhestand, …) informiert werden. Eine schnelle Information der Mitgliederverwaltung ist auch deshalb von Bedeutung, weil wir zu viel bezahlte Beiträge rückwirkend maximal nur für das laufende und ein weiteres Quartal erstatten können.

Auch die Meldung neuer Anschriften und Veränderungen hinsichtlich der Dienststelle sind wichtig, damit Informationen und Einladungen regional passend und entsprechend der Fachgruppe zugeschickt werden können.

Bitte für das Anzeigen von Änderungen das Formular im Mitgliederbereich auf der Homepage nutzen oder die entsprechenden Informationen per Mail senden an: **mitgliederverwaltung@GEW-Nds.de**

Anzeigen

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

In wunderschönem Ambiente bieten wir Ihnen:
- Intensive, individuell ausgerichtete **Einzel– und Gruppentherapie**
- Sicheres **Auffangen von Krisen**, kreative Stärkung Ihres Potentials
- Moderne **Einzelzimmer** mit Balkon und Komfort
- **Genießer-Küche** mit Restaurant-Charakter

Wir behandeln die gängigen **Indikationen** wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, Essstörungen und psychosomatische Erkrankungen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Telefon: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 **Baden-Baden**
www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Klassenfahrten auf den Bauernhof
Landwirtschaft (er)leben
www.internationaler-schulbauernhof.de
Ansprechp: Axel Unger . T (05503) 805521

Erste Hilfe.
Selbsthilfe.
brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe
Mitglied der actalliance
Brot für die Welt

Klasse Wohldenberg
für Schulchöre und Schulorchester
www.hauswohldenberg.de
bei Hildesheim

NABU-Woldenhof
Klassenfahrten nach Ostfriesland
Landwirtschaft + Naturschutz
www.woldenhof.de 04942-990394

Schlossklinik Pröbsting
Private Akutklinik mit intensiver Psychotherapie, wunderschön gelegen im Münsterland

Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Telefon: 02861/8000-0
Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken
www.schlossklinik.de

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
Klassen-Abschlussfahrt … wir machen das!
Günstig und direkt buchen, viele **Superspartermine**, Freiplätze nach Wunsch

z. B. **Duinrell**
5 Tage inkl. Prog., Stadtführung, Ausflügen
ab **174,– €**

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Jetzt anrufen:
Tel.: 0 35 04/64 33-0
Fax: 0 35 04/64 33-77 19

Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de

Ich fürchte, das ist kein Rohrbruch, sondern der Klimawandel. Aber wir verlieren nicht die Zuversicht und vertrauen auf die Maßnahmen unserer Regierung!
Zum Beispiel auf den Kohleausstieg 2038?